
Hamburg

Hamburg in den Jahren 1945/46

Die **Besetzung** Hamburgs, nach Berlin die größte Stadt des Deutschen Reiches und bis 1933 Freie und Hansestadt, durch britische Truppen der 131. Infanteriebrigade unter General Spurling erfolgte kampflos am 3.5.1945. Bereits seit Ende April hatten Übergabeverhandlungen zwischen deutschen und britischen Stellen stattgefunden. Montgomery, Oberbefehlshaber der britischen Heeresgruppe in Nordwesteuropa, hatte mit der Besetzung Hamburgs ein strategisches Hauptziel erreicht: die Isolierung der in Norwegen und Dänemark stationierten deutschen Truppen entlang einer Linie Hamburg-Lübeck.

Die **Bevölkerungszahl** der Stadt - 1937 erfolgte die Eingemeindung von Altona, Wandsbek, Bergedorf, Harburg-Wilhelmsburg und der Inseln Neuwerk und Scharhörn zu „Groß-Hamburg“ - war bis zum 17.5.1939 auf 1.711.877 angestiegen. Zum Jahresende 1944 betrug die Zahl nur noch 1.077.034. Im Juli 1945 lebten aber schon wieder 1.398.235 Einwohner in der Stadt, am 29.10.1946 waren es 1.403.300.

Katastrophal war angesichts des enormen **Zerstörungsgrades** - bedingt durch die fast pausenlosen Luftangriffe der letzten Kriegsjahre - die Wohnraumsituation: Von den 1939 bestehenden ca. 560.000 Wohnungen wurden durch Kriegseinwirkungen 49,2% völlig zerstört, 30,3% waren leicht bis schwer beschädigt, und nur 20,5% der Wohnungen blieben unzerstört. Damit standen nur noch 46% des Vorkriegswohnraumes zur Verfügung. Dagegen überstanden zahlreiche Großbauten - u.a. das Schauspielhaus, die Musikhalle, das Behördengebäude am Gorch-Fock-Wall, die Finanzbehörde am Gänsemarkt - den Krieg. Die Hafenanlagen allerdings - einst Herzstück des Welthandels - waren schwer zerstört, so 89,9% aller Kaischuppen und 42,4% aller Brücken. Die Trümmermenge betrug in Hamburg ca. 43 Mio m³. Der Straßen- und Schienenverkehr war fast vollständig zum Erliegen gekommen, über 900.000 Hamburger verloren während des Krieges ihren gesamten Besitz.

Das **Wirtschaftsleben** lag beim Einmarsch der britischen Truppen vollständig am Boden. In Hamburg gab es u.a. bedeutende Werften, Veredelungsindustrie für ausländische Rohstoffe, daneben Textil- und Nahrungsmittelfabriken sowie Ölraffinerien, chemische und pharmazeutische Werke. Überdies spielte der Hafen eine bedeutende Rolle als Handelsplatz. Nach dem Einmarsch der britischen Truppen wurde bald die Produktion wieder aufgenommen, sofern die Industriebetriebe nicht zerstört waren. Rasch konstituierte sich auch die IHK wieder. Allerdings war die größte Hamburger Werft, Blohm & Voss, die vor dem Krieg weit über 10.000 Menschen beschäftigt hatte, völlig zerstört. Aber erst im Winter 1946/47 wurde der absolute Tiefpunkt im Hamburger Wirtschaftsleben erreicht: Jetzt waren endgültig alle Rohstoffe und Materialien aufgebraucht, und ein ausreichender Nachschub war nach Kriegsende zunächst nicht möglich.

Die britische Militärregierung hatte großes Interesse an einer rasch wieder funktionierenden **Stadtverwaltung**. Sie setzte deshalb am 14.5.1945 Rudolf Petersen, den Bruder des letzten Hamburger Bürgermeisters vor der nationalsozialistischen Machtergreifung, Carl Petersen, als Hamburger Oberbürgermeister ein, sein Stellvertreter wurde Adolph Schönfelder, 1925-1933 Hamburger Polizeisenator. Im Februar 1946 ernannten die Briten die erste Nachkriegsbürgerschaft. Sie bestand aus 81 Abgeordneten, darunter 13 Senatoren. Nur 17 Abgeordnete gehörten politischen Parteien an, die übrigen rekrutierten sich aus Gewerkschaften, Kirchen, Industrieverbänden u.a. Diese Bürgerschaft arbeitete eine Verfassung aus, die am 15.5.1946 verkündet wurde.

Schon bald nach der Besetzung Hamburgs kam die **Gewerkschaftsarbeit** wieder in Gang. Bereits am 7.5.1945 stellte der britische Major Dwyer eine Gewerkschaftsgründung für Hamburg in Aussicht. Einen Tag später hatte die daraufhin formierte SFG einen ersten Programmentwurf für die künftige Arbeit verfaßt. Am 11.5. fand die erste Versammlung mit 40 Funktionären unter Vorsitz von Adolph Schönfelder statt. Diese Versammlung wählte einen Vollzugsausschuß und einen vorläufigen Vorstand. Die Delegierten betonten das Prinzip der Einheitsgewerkschaft mit verschiedenen Industriegruppen. Am 15.5. begann die Einsetzung von Vertrauensleuten in den Betrieben. Unmittelbar nach der Gründung wurde die Arbeit der SFG durch die Militärregierung jedoch bereits eingeschränkt, weil die Gewerkschaft deziidiert politisch agitierte. Am 20.5. mußten die SFG-Funktionäre ihre Büros räumen. Genau einen Monat später erfolgte die zwangsweise Auflösung der SFG.

Am 7.5. hatten Sozialdemokraten und Kommunisten auch um die Genehmigung **partei-politischer Arbeit** nachgesucht, ein Antrag, der allerdings am 11.5. zurückgewiesen wurde. Erst seit Ende Juni gab es Initiativen zur SPD-Gründung, am 14.7. wurde ein vorläufiger Vorstand konstituiert.

Am 24.6. fand, nachdem die SFG gescheitert war, die erste Versammlung von KPD-Funktionären statt. Der Gedanke der sozialistischen Einheitspartei aber blieb zunächst lebendig. So tagte am 2.7.1945 zum ersten Mal ein von beiden Parteien paritätisch besetzter Aktionsausschuß, am 24.7. wurde ein gemeinsames Aktionsprogramm beschlossen. Die KPD jedoch wollte keine sofortige Vereinigung beider Parteien, sondern eine Aktionseinheit zweier getrennter Organisationen. Seit August 1945 verschlechterte sich das Verhältnis zwischen SPD und KPD: Kurt Schumacher und Willi Eichler, die Mitte August Hamburg besuchten, sprachen sich gegen die Einheitspartei aus. Am 13.10., also kurz nach der Wenningser Konferenz der SPD (5/6.10.1945), traf sich deshalb der Hamburger Aktionsausschuß zum letzten Mal. Am 21.11. wurden in Hamburg die Parteien offiziell zugelassen. Danach gab es nur noch spärliche Bekenntnisse zur Einheitspartei.

Parallel zur Wiedergründung von SPD und KPD konstituierte sich als Vorläuferin der Hamburger CDU eine „Christliche Arbeitsgemeinschaft“. Im Oktober 1945 wurde als christliche Partei die Hamburger CDP - noch inoffiziell - gegründet. Unmittelbar nach der Besetzung Hamburgs formierte sich der aus einer Oppositionsgruppe gegen das NS-Regime hervorgegangene „Bund freies Hamburg“, ein Vorläufer der FDP.

Neben der SFG als zunächst größter politischer Organisation in Hamburg bildeten sich unmittelbar nach dem britischen Einmarsch spontane **Antifaausschüsse** und Stadtteilkomitees, die sich z.T. aus Einzelpersonen, z.T. aus größeren Gruppen zusammensetzten. Ihre Ziele deckten sich meist mit denen der SFG: Beseitigung nationalsozialistischer Überreste und praktische Maßnahmen für den Wiederaufbau. Die wichtigsten waren die „Antifaschistischen Aktionen“ in Hamburg-Langenhorn, Harburg und Wilhelmsburg. Die Mitglieder der Antifas integrierten sich seit September zumeist in die Arbeit der entstehenden politischen Parteien.

Nach der Besetzung erschien als **Zeitung** zunächst lediglich eine offizielle Publikation der britischen Militärregierung, das „Hamburger Nachrichten-Blatt der Militärregierung“ (9.5.1945 - 28.3.1946). Als Wochenzeitung der Militärregierung folgte die „Neue Hamburger Presse“ (9.6.1945 - 30.3.1946). Seit dem Frühjahr 1946 lizenzierte die Militärregierung fünf Tageszeitungen: das „Hamburger Echo“ (SPD), die „Hamburger Allgemeine Zeitung“ (CDU), die „Hamburger Freie Presse“ (FDP), die „Hamburger Volkszeitung“ (KPD) und die überparteiliche „Welt“. Mit der „Zeit“ wurde eine Wochenzeitung ins Leben gerufen.

Am 13.10.1946 fanden in der britischen Zone **Kommunalwahlen** statt. Die Ergebnisse der Hamburger Bürgerschaftswahlen im Vergleich zu den Reichstagswahlen im Jahre 1932:

	31.7.1932	6.11.1932	13.10.1946
SPD	31,7%	28,6%	43,1%
CDU	-	-	26,7%
KPD	17,7%	21,9%	10,4%
FDP	-	-	18,2%
DStP	6,0%	5,4%	-
DVP	2,0%	3,3%	-
DNVP	5,2%	9,3%	-
NSDAP	33,7%	27,2%	-
sonstige	3,7%	4,3%	1,6%

Berichterstatte aus Hamburg waren Emmi und Hellmut Kalbitzer, Erna und Klaus Meyer sowie Hanna Ziegler. Hellmut Kalbitzer, der nach 1933 nicht emigriert und in Hamburg geblieben war, engagierte sich zunächst zusammen mit Adolf Schönfelder und Walter Schmedemann in der neuentstehenden SFG, darüber hinaus auch - wie seine Ehefrau Emmi - in der SPD. Erna und Klaus Meyer dagegen waren im Auftrag des SAH damit beschäftigt, die materielle Not in der Stadt zu lindern. Aus diesem Grund schickten sie Berichte in die Schweiz, in denen sie die Situation in Hamburg schilderten. Hanna Ziegler, eine Tante von Hellmut Kalbitzer, war seit 1945 in der Hamburger SPD aktiv.

Bibliographie:

- 125 Jahre Sozialdemokratie in Hamburg. Streiflichter aus der Geschichte der SPD. Hamburg 1988
- Arbeiterwohlfahrt Landesverband Hamburg e.V. (Hg.): „Wir wollen zum Köhlbrand!“ Geschichte und Gegenwart der Hamburger Arbeiterwohlfahrt 1919-1985. Hamburg 1985
- Bajohr, Frank u.a.: Improvisierter Neubeginn. Hamburg 1943-1953. Ansichten des Fotografen Germin. Hamburg 1989
- Balshaw, Hilary Ann: The British Occupation in Germany with special Reference to Hamburg. Diss. Oxford 1972
- Berghahn, Volker (Hg.): Hamburg im Frühjahr 1945. Stimmungsberichte aus den letzten Wochen des Zweiten Weltkrieges; in: Hamburgische Geschichts- und Heimatblätter 8 (1970), S. 194-211
- Bericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuß Hamburg, über Wiederaufbau und Tätigkeit der Hamburger Gewerkschaften im Jahre 1945-1947. o.O.u.J.
- Bolland, Jürgen: Hamburgs Bürgerschaft in alter und neuer Zeit. Hamburg 1959
- Bracker, Jörgen (Hg.): „Wir sind die Kraft.“ Zwei Beiträge zur Arbeiterbewegung von 1945-1949. Hamburg 1988
- Brunswig, Hans: Feuersturm über Hamburg. Stuttgart 31979
- Christier, Holger: Sozialdemokratie und Kommunismus in Hamburg 1945-1949. Hamburg 1975
- Dähn, Arthur: Die Zerstörung Hamburgs im Kriege; in: Hamburg und seine Bauten 1929-1953. Hg. v. Architekten- und Ingenieurverein e.V. Hamburg 1953
- ders.: Die Hamburger Bürgerschaft 1946-1971. Wiederaufbau und Neubau. Hamburg 1971
- ders.: Hamburgs Schicksal lag in ihrer Hand. Hamburg 1966
- Dreckmann, Hans: Hamburg nach der Kapitulation. Erinnerungen an 1945-1946. Geschichte der „ernannten“ Bürgerschaft. Hamburg 1985

- Glöse, Jutta: Die Entwicklung der Gewerkschaftsorganisation in Hamburg 1945-1947. Magisterarbeit Hamburg 1978
- Grobecker, Kurt; Loose, Hans Dieter; Verg, Erik: ...mehr als ein Haufen Steine. Hamburg 1945-1949. Hamburg 1981
- Hamburg 1945. Ansprachen von Bürgermeister Rudolf Petersen, Bürgermeister Adolph Schönfelder und Senator Heinrich Landahl. Hamburg 1945
- Hamburg als Industriepfatz. Hg. von der Handelskammer Hamburg und der Behörde für Wirtschaft und Verkehr der Freien und Hansestadt Hamburg. Hamburg 1952
- Hamburg zwei Jahre unter englischer Herrschaft. Die Entwicklung der Hamburger Verwaltung. Unsere Tätigkeit in der Bürgerschaft. Bericht der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Hamburg 1947
- Hamburger Wirtschaft 1946-1949. Ein Bericht der Behörde für Wirtschaft und Verkehr. Hamburg 1949
- Heitmann, Jan: Das Ende des Zweiten Weltkrieges in Hamburg. Die kampflose Übergabe der Stadt an die britischen Truppen und ihre Vorgeschichte. Frankfurt, Bern, New York, Paris 1990
- Hoffmann, Egbert A.: Hamburg '45. Leer 1985
- Hohlbein, Hartmut: Hamburg 1945. Kriegsende, Not und Neubeginn. (Veröffentlichung der Landeszentrale für politische Bildung). Hamburg 1985
- Hund, Wulf D.: Die Sozialistische Freie Gewerkschaft; in: Marxistische Studien 8 (1985), S.165-195
- Jochmann, Werner; Loose, Hans-Dieter (Hg.): Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner. Bd.III, Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart. Hamburg 1986
- Johe, Werner: Bürgermeister Rudolf Petersen. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Neuordnung in Hamburg 1945-1946; in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte der Universität Tel Aviv 3 (1974), S.379-415
- Kalbitzer, Hellmut: Widerstehen oder Mitmachen. Eigen-sinnige Ansichten und sehr persönliche Erinnerungen. Hamburg 1987
- Kiesel, Otto Erich: Die unverzagte Stadt. Hamburg 1985
- Klessmann, Eckart: Geschichte der Stadt Hamburg. Hamburg 1981
- Klohr, Olof: Der Kampf um die Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse in Westdeutschland - dargestellt am Beispiel Hamburgs; in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe 5 (1955/56), S.777-794
- Loose, Hans-Dieter: Der Neuanfang 1945/46 in Hamburg. Literaturbericht über einige Neuerscheinungen zur Geschichte der ersten Nachkriegszeit; in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 62 (1976), S. 117-123
- Lüth, Erich: Drei Jahre Arbeit für den Wiederaufbau der Freien und Hansestadt Hamburg. Hamburg 1949
- Middlebrook, Martin: Hamburg Juli '43. Alliierte Luftstreitkräfte gegen eine deutsche Stadt. Berlin, Frankfurt 1983
- Möller, Kurt Detlev: Das letzte Kapitel. Geschichte der Kapitulation Hamburgs. Hamburg 1947

- Mulert, Oskar: Die Neuordnung der kommunalen Verwaltung der Hansestadt Hamburg. Hamburg 1948
- Nachkriegs-Leben. Barmbeck 1945-1949. Hg. von Michael Marek und Michael Wildt. Hamburg 1984
- Neues Hamburg. Zeugnisse vom Wiederaufbau der Hansestadt. Hg. von Erich Lüth. Nr. 1-15, Hamburg 1947-1965
- Projektgruppe „Nachkriegsgeschichte Barmbecks“ (Hg.): Nachkriegsleben. Barmbeck 1945-1949. Hamburg 1985
- Schmidt, Wolf-Dietrich: „Wir sind die Verfolgten geblieben.“ Zur Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in Hamburg 1945-1951; in: Jörg Berlin (Hg.): Das andere Hamburg. Freiheitliche Bestrebungen in der Hansestadt seit dem Spätmittelalter. Köln 1981, S.329-356
- Schröder, Gerhard: Rückkehr zum Markt. Geschichte der Handelskammer Hamburg. Hamburg 1983
- Schumacher, Fritz: Zum Wiederaufbau Hamburgs. Rede im Hamburger Rathaus am 10. Oktober 1945. Hamburg 1945
- Spliedt, Franz: Die Gewerkschaften. Entwicklung und Erfolge, ihr Wiederaufbau nach 1945. Hamburg o.J. [1947]
- Stadtteilarchiv Ottensen e.V (Hg.): „Ohne uns hätten sie das gar nicht machen können“. Nazi-Zeit und Nachkrieg in Altona und Ottensen. Hamburg 1985
- Stüber, Gabriele: Der Kampf gegen den Hunger. Eine Untersuchung zur Ernährungslage in Westdeutschland unter besonderer Berücksichtigung der britischen Zone mit den Schwerpunkten Schleswig-Holstein und Hamburg (1945-1950). Diss. Kiel 1983
- Tätigkeitsbericht der SPD-Bürgerschaftsfraktion 1945/46. Hamburg 1946
- Tormin, Walter (Hg.): Der Traum von der Einheit. Der Schriftwechsel zwischen SPD und KPD in Hamburg über die Gründung einer Einheitspartei 1945/46 und ergänzende Dokumente. Hamburg 1990
- Verg, Erik: Hamburg 1945. 20 Tage zwischen Tod und Leben. Hamburg 1985
- Walker, Terry Gene: Die Entstehung der Freien Demokratischen Partei in Hamburg und ihre Entwicklung bis in die ersten Jahre der Bundesrepublik. Magisterarbeit Universität Hamburg 1981
- Wildt, Michael: Der Traum vom Sattwerden. Hunger und Protest, Schwarzmarkt und Selbsthilfe in Hamburg 1945-1948. Hamburg 1986

Hellmut Kalbitzer aus Hamburg, 16.7.1945¹

PA Kalbitzer
maschinenschriftlich

Die heutige parteipolitische Lage in Hamburg

Von der englischen Militärregierung wurde gleich nach der Besetzung jede politische Betätigung verboten.

Dagegen wurde den Vertretern der Sozialisten und Kommunisten erklärt, als wir der Militärregierung gleich nach der Besetzung unsere Mitarbeit anboten, gewerkschaftliche Betätigung sei erlaubt. Die Sozialistische Freie Gewerkschaft (SFG), die daraufhin gegründet wurde, hielt sich nach den in Deutschland überkommenen Anschauungen und Gewohnheiten durchaus im Rahmen der Gewerkschaftsarbeit, wie sie bis 1933 z.B. der ADGB betrieb.

Die Militärregierung löste die SFG jedoch in der zweiten Junihälfte 1945² wieder auf, weil sie „politisch“ sei und also gegen die Befehle der Militärregierung verstoße.

In dem einstmalen roten Hamburg war von Anfang unserer öffentlichen Tätigkeit an eine starke Sehnsucht zur **Einheitsfront** (d.h. zum gemeinsamen Vorgehen aller sozialistischen und kommunistischen Gruppen) in der antifaschistischen Bevölkerung vorhanden, die ihren äußeren Ausdruck in dem rasend schnellen Aufschwung der SFG hatte (innerhalb sechs Wochen RM 100.000.- Aufbauspenden und ca. 50.000 Anträge auf Mitgliedschaft).

Selbstverständlich waren die treibenden Kräfte der SFG die am öffentlichen Leben am stärksten interessierten Genossen, die auch in der Illegalität bereits unter sich Zusammenhalt hatten und in den Betrieben und Wohnbezirken Antihitler-Propaganda trieben. Unter Zurückstellung aller überkommenen organisatorischen und politischen Bindungen wurde eine über den einzelnen Parteien stehende Gewerkschaft aufgebaut. Hier hat sich die praktische Zusammenarbeit mit den Kommunisten gut bewährt, denn sie hatten es sich offenbar zum Grundsatz gemacht, die Einheit in der Gewerkschaft auf keinen Fall zu stören.

Ich erfuhr jedoch bald, daß die Kommunisten außer der Gewerkschaftsarbeit auch mit Macht ihre politische Partei aufbauten; erleichtert durch die menschlichere Polizeiherrschaft, verglichen mit dem Gestapoterror, die kleine Zusammenkünfte bis 20 Personen gestattet. Die sozialistischen Gruppen dachten dagegen, solange der Aufbau der SFG möglich war, nicht an eine politische Organisation.

Mit der Auflösung der SFG und der Einsetzung der „alten Gewerkschaftsangestellten“ (Spliedt, Bebert, Bresk, Wilhelm Petersen und Genossen) in die weiterhin zugelassenen Gewerkschaften durch die Engländer und auf deren Bajonetten, erlahmte die freudige Bereitschaft der Anti-Hitler-Kreise an der Mit- und Zusammenarbeit mit der Militärregierung zur Vernichtung der Nazis und zum friedlichen Neuaufbau immer mehr.

Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit hatte die Militärregierung auch bei anderen Gelegenheiten wiederholt zurückgestoßen, z.B. dadurch, daß in die Stadtverwaltung nur äußerst langsam und dann nur die allerzähmsten Antinazis eingesetzt wurden (z.B. der frühere Polizeisenator Schönfelder), und auch diesen Leuten werden offenbar täglich noch starke Dämpfer in der Nazibekämpfung aufgesetzt. Infolgedessen tritt langsam aber sicher im Stimmungsbarometer der freiheitsliebenden Kreise ein Umschwung zu russischen Tendenzen hin ein, von den Engländern auch noch dadurch unterstützt, daß die Kommunisten nicht zur verantwortlichen Mitarbeit in der Stadtverwaltung herangezogen werden, obwohl die Kommunisten mitarbeiten wollen. Gäbe man Kommunisten öffentliche Ämter, so müßten sie die Verantwortung mittragen, jetzt stehen sie wider Willen abseits, aber lachen sich bei Mißerfolgen ins Fäustchen.

Ihrem eigenen Gefühl folgend und der Stimmung ihrer Anhänger Rechnung tragend, wandten sich - nach der Auflösung der SFG - einige maßgebliche Sozialisten an die bekanntesten KPD-Funktionäre, um mit ihnen den Aufbau einer sozialistischen Einheitspartei zu besprechen. Einige dieser Genossen waren bis 1933 leitende Funktionäre der SP und SAP, an-

² Die Auflösung der SFG wurde am 18.6.1945 in einer „Zusammenkunft der älteren und jüngeren Gewerkschaftskollegen“ beschlossen. Das Auflösungsprotokoll ist auf den 20.6. datiert. Für einen Abdruck vgl. Kalbitzer, Widerstehen, S. 142-144. Zur Geschichte der SFG vgl. ders., bes. S. 100-104, sowie Christier, Sozialdemokratie, S. 59-78.

dere haben sich durch ihre illegale Arbeit das Vertrauen der Hamburger Sozialisten erworben.

Diese Einheitspartei sollte bei der kurz über lang zu erwartenden Aufhebung des eingangs erwähnten Verbots politischer Betätigung mit einem Manifest an die Öffentlichkeit treten.

Die Kommunisten lehnten die Aufforderung, zur „Einheitspartei“ mit der SPD und anderen sozialistischen Gruppen zusammenzutreten, jedoch ab mit dem Hinweis, daß die Einheitspartei erst „organisch wachsen“ müsse und ähnlichen Ausflüchten.

Die Sozialisten gewannen, verstärkt durch die Mitteilungen der anderen Genossen, die inzwischen eingetroffen waren, den Eindruck, daß die Kommunisten Anweisungen folgten, die ihnen einen so festen Zusammenschluß nicht gestatteten. Obwohl die Kommunisten behaupteten, keinerlei auswärtigen Parteidirektiven zu folgen, sind wir heute vom Gegenteil überzeugt.

Es mag den Genossen im Ausland schwer verständlich erscheinen, daß Sozialisten lange und fest daran glaubten, die III. Internationale sei de facto aufgelöst³, oder die Hamburger Kommunisten zumindest richteten sich nicht nach auswärtigen Befehlen. Aber das jahrelange Fehlen zuverlässiger ausländischer Nachrichten machte die besten Genossen zu politischen Mondkälbern.

Daraufhin sind jetzt die maßgebenden sozialistischen Genossen dahin übereingekommen, in Hamburg eine sozialistische Partei vorzubereiten, um bei Aufhebung des bestehenden Verbots politischer Betätigung gleich an die Öffentlichkeit treten zu können und nicht anderen gegenüber ins Hintertreffen zu geraten.

Es bestehen folgende Absichten über den Neuaufbau der sozialistischen Partei:

1. Die Sozialistische Partei will alle Sozialisten umfassen. Wenn die Kommunisten ablehnen, mit den Sozialisten zusammenzutreten, so sollen sie das Odium auf sich laden, die Einheit der Arbeiterschaft verhindert zu haben.
2. Auch wenn es neben der Sozialistischen Partei noch eine KPD gibt, sollen beide Parteien eng und brüderlich zusammenarbeiten und es nie wieder zu den Zuständen von vor 1933 kommen. Schlagwort: wenn keine **Einheitspartei**, dann wenigsten eine **Einheitsfront**.
3. Auch wenn Parteien erlaubt werden, soll die Sozialistische Partei nicht als Massenpartei aufgebaut werden (die SPD-Leute haben gelernt). Mitglied der Partei soll nur werden, wer ihre Ziele anerkennt und an ihrer Verwirklichung im Einverständnis mit dem Vorstand mitarbeitet.
4. Die Sozialistische Partei soll ein Programm haben, in dem sie sich auch zum Sozialismus bekennt. Nicht etwa wie die KPD in Berlin, die nach Hamburger Zeitungsmeldungen ein Programm veröffentlicht hat, welches man eher der früheren „Deutschen Volkspartei“ zuspräche (Abschrift dieses Programms folgt).

Die Schwierigkeiten für die Sozialistische Partei werden nach meiner Beurteilung sein:

1. Es fehlt in Hamburg nicht an zuverlässigen und für eine Parteiarbeit fähigen Genossen (die SPD hat ein großes und gutes Menschenreservoir). Aber es fehlt an politischen **führenden Köpfen**.
2. Es fehlt die Kenntnis des Weltgeschehens. Wir brauchen also gute Nachrichten mit guten Kommentaren.
3. Die Genossen sind theoretisch desorientiert und greifen nach guter politischer Literatur wie der Ertrinkende nach einem Strohalm!

³ Die III. Internationale der Komintern wurde im März 1919 in Moskau gegründet. Sie verstand sich als „kommunistische Weltpartei“ mit nationalen Sektionen (Weber). Vgl. einführend Weber, Kommunismus, S. 46f.; vgl. auch ders., Internationale.

4. Die Gefahr der Spaltung der Sozialisten ist im Augenblick durchaus die geringste. Von Streitigkeiten untereinander ist bis jetzt nichts zu merken. Wenn Ihr uns reichlich mit guter geistiger Kost helft, glaube ich, ist die Gefahr gänzlich gebannt!

Einiges möchte ich noch kurz vermerken:

1. Die Kommunisten sollen untereinander starke Meinungsverschiedenheiten haben. Dieses ist aber bis jetzt nur ein Gerücht.
2. Die frühere Staatspartei (Demokraten) hat den „Bund freies Hamburg“⁴ von der Militärregierung genehmigt bekommen, der ihr als Organisationsrahmen durchaus genügt. Der erste Satz im Programm dieses Bundes lautet etwa: Die Ziele seien unpolitisch. Alles andere in diesem Programm ist aber durchaus politisch.
3. Das Aktionsprogramm der „Union deutscher Sozialisten in England“, „Die neue deutsche Republik“, hat schon in der illegalen Zeit allerbesten Anklang bei allen Genossen gefunden! Es hat viel dazu beigetragen, alle Gruppen **schnell** auf eine einheitliche Linie zu bringen. Der Artikel von Eichler, „Das Ende des Naziregimes“⁵, ist jedem aus dem Herzen geschrieben, der ihn liest. So weitermachen! Auch alle anderen Artikel fanden überall Zustimmung. Ihr habt bei den Hamburger Genossen geistiges Brachland vor Euch, das sich nach dem Pflug und nach der Saat sehnt.
4. Kommt bald mit einigen fähigen Genossen nach Hamburg. Wir warten auf Euch. Über die Arbeit der SFG werde ich Ende dieser Woche ausführlich berichten. Berichte über die Schwierigkeiten in der Verwaltung und der Wirtschaft hoffe ich, in der nächsten Woche senden zu können.

Anbei noch eine Aufstellung über fünf wahrscheinlich kriegsgefangene Genossen, die sich gegen die Nazis illegal betätigt haben und für deren anständige Gesinnung wir bürgen.⁶

Herzliche Grüße!

⁴ Der Bund freies Hamburg (BfH), gegründet im Mai 1945, ging aus der Gruppe „Freies Hamburg“ hervor, die 1933 illegal gegründet wurde und sich als Widerstandsgruppe gegen das NS-Regime verstand. 1945 war der BfH der Ausgangspunkt für die Neugründung einer liberalen Partei. Die maßgeblichen Gründungsmitglieder kamen aus der DDP bzw. DStP vor 1933. Der BfH versuchte, eine überparteiliche Basis zu bilden, die sich mit den drängenden Problemen der unmittelbaren Nachkriegszeit befassen sollte. Aufnahmevoraussetzung war lediglich die antifaschistische Grundhaltung. Die Gruppe wurde trotz bestehenden Parteienverbots von der englischen Besatzungsmacht geduldet. Der BfH löste sich auf, nachdem er Mitte September 1945 den Entschluß einer eigenständigen liberalen Partei in Hamburg gefaßt hatte. Vgl. Walker, Entstehung, S. 10-20.

⁵ Für einen Abdruck des Artikels „8. Mai 1945 - Das Ende des Naziregimes“ von Willi Eichler vgl. Weisser, Eichler, S. 198-207. Der Aufsatz wurde unmittelbar nach der Kapitulation verfaßt und als Manuskript vervielfältigt.

⁶ Konnte nicht ermittelt werden.

Hellmut Kalbitzer aus Hamburg an Willi Eichler, 26.7.1945

PA Kalbitzer

maschinenschriftlich

Lieber Willi!

Heute sende ich Dir einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung der Sozialistischen Freien Gewerkschaft in Hamburg.⁷ Außerdem Durchschrift von zwei Briefen an den Senatsyndikus Harder, die die augenblicklichen Hamburger Verwaltungsschwierigkeiten beleuchten.

Harder untersteht die gesamte Personalpolitik der Hamburger Staatsverwaltung. Er ist Sekretär des zweiten Bürgermeisters Schönfelder (SPD). Harder macht einen gutwilligen, aber politisch schwachen Eindruck.

Ich erhielt heute die Nachricht, daß in der Umgebung von Bremen ein gewisser Romberger (oder ähnlich) umherreist und vorgibt, im Auftrage des Londoner neu konstituierten Parteivorstandes der SPD die Sozialdemokratie dort neu aufzubauen. Er nennt in diesem Zusammenhang die Namen Ollenhauer und Vogel.

Bitte benachrichtige mich so schnell wie möglich, wie die parteipolitische Situation der deutschen Emigranten in London jetzt ist und ob auch die Emigranten einschließlich der beiden oben Genannten auf einer einheitlichen Linie arbeiten. In Hamburg herrscht unter den Sozialisten noch völlige Einmütigkeit. Die im Gewerkschaftsbericht erwähnten alten Gewerkschaftsangestellten scheinen politisch im Augenblick völlig isoliert zu stehen. Zu den Kommunisten besteht ein sehr freundschaftliches Verhältnis.

Herzlichen Gruß
Dein

Anlagen:

Bericht über die Entwicklung
der SFG in Hamburg mit 14
Anlagen,
Brief Junge an Harder vom
12.7.,
Brief Kalbitzer an Harder vom
26.7.⁸

⁷ Der von Käthe Blume im Juni 1945 verfaßte „Bericht über die Entwicklung der Sozialistischen Freien Gewerkschaft in Hamburg“ ist mit insgesamt 14 Anlagen abgedruckt bei Kalbitzer, Widerstehen, S. 126-144.

⁸ Die Briefe sind vorhanden im PA Kalbitzer. Die erwähnten 14 Anlagen sind im einzelnen:

1. Richtlinien der SFG Hamburg vom 8.5.1945
2. Aktennotiz zur Organisations-Ausschußsitzung
3. Protokoll über die Vollzugsausschußsitzung vom 25.5.1945
4. Protokoll über die Vorstands-Sitzung vom 28.5.1945
5. Protokoll über die Vorstands-Sitzung vom 30.5.1945
6. Papier für die Industriegruppenleiter vom 31.5.1945
7. Aktennotiz für die Besprechung mit Captain Dwyer vom 31.5.1945, Bericht über die Senatssitzung vom 30.5.1945
8. Protokoll über die Vollzugsausschußsitzung vom 1.6.1945
9. Protokoll über die Besprechung mit Major Dwyer vom 12.6.1945

Hellmut Kalbitzer aus Hamburg an Willi Eichler, 1.8.1945

PA Kalbitzer

maschinenschriftlich

Lieber Willi!

Einen kurzen Bericht zur politischen Lage:

Die Kommunisten behaupten neuerdings, auf das estimmteste beauftragt (von wem?) zu sein, sofort der englischen Militärregierung Vorschläge machen zu sollen für eine weitere Umbesetzung der Hamburgischen Verwaltung.

Auf die Frage an die Kommunisten, ob sie an ihre Mitarbeit in der Verwaltung irgendwelche Bedingungen knüpften oder ob sie auf jeden Fall mit in die Verwaltung wollten, antworteten sie, natürlich auf jeden Fall bedingungslos mitarbeiten zu wollen.

Ich sende mit diesem Brief ein „Aktionsprogramm“ vom 26.7.45.⁹ Es ist in seinen einzelnen Punkten ein ziemliches Flickwerk, wie die daran beteiligten Sozialisten auch zugeben. Der Grund hierfür liegt in der Entstehung des Programms: Nach der Auflösung der SFG in Hamburg, die einem öffentlichen Zusammenarbeiten der Kommunisten und Sozialisten die Grundlage nahm, traten einige Sozialisten an die Kommunisten heran, um mit ihnen die Vorbereitung einer einheitlichen sozialistischen Partei zu erörtern. Diese sogenannte „Einheitspartei“ lehnten die Kommunisten aber ab und kamen kurz darauf mit einem ziemlich konfusem Programm an, welches sie zur Grundlage einer Einheitsfront (Zusammengehen verschiedener Parteien) machen wollten.

Dieses Programm wurde dann etwas in Form gebracht und so von etlichen Sozialisten gutgeheißen, nicht etwa, weil sie die 25 Punkte einzeln für gut hielten, sondern weil sich die Kommunisten hier verpflichtet, die Einheitspartei anzustreben.

Leider also ist die geforderte Einheitspartei bereits das Objekt eines taktischen Manövers, aber nur so können wir feststellen, ob es die Kommunisten mit ihren Parolen ehrlich meinen.

Außerdem sende ich „Bemerkungen zur Programmdebatte“¹⁰ von einem befreundeten Volkswirt, welche in ihrem theoretischen Teil besser erscheinen als in den Folgerungen, die daraus gezogen werden. Um zu stichhaltigen Folgerungen zu kommen und also um Neues zu erforschen, fehlt es uns ja leider völlig an Kenntnissen der jüngsten Vergangenheit und an ausreichendem guten Material.

Herzlichen Gruß

Anlagen:

Aktions-Programm,
Bemerkungen zur Programm-
debatte.

⁹ Vgl. hierzu die Einleitung über die Situation in Hamburg 1945/46, S. 490

¹⁰ Die „Bemerkungen zur Programmdebatte“ (im PA Kalbitzer) sind undatiert und von dem Volkswirt Thies verfaßt. Thies entwickelte vor dem Hintergrund der ökonomischen Schriften Marx' eine kritische Analyse des Kapitalismus vom Beginn der Industrialisierung bis 1945. Er folgerte für die gegenwärtige Situation: keine einseitige Westbindung, Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, die keine expansionistischen Ziele verfolge, Ablehnung des bolschewistischen Systems in Deutschland, Aufbau des Sozialismus nach spezifisch deutschen Bedürfnissen.

Erna und Klaus Meyer aus Hamburg an Willi Eichler, August 1945

ISK Box 59
maschinenschriftlich

Nr. 1 August 1945

Lieber Willi,

Wir sind nun seit einer Woche in Hamburg und möchten Dir unseren ersten Bericht senden. [...]¹¹

In **Hamburg** waren wir die erste Woche damit beschäftigt, von Behörde zu Behörde zu gehen, um alle notwendigen Formalitäten zu erledigen. Es nimmt viel Zeit in Anspruch, weil auf allen Behörden lange Schlangen stehen. Wir haben aber in dieser Woche manche interessanten Einblicke gewonnen. Zum Glück funktionieren Stadt- und Hochbahn schon wieder recht gut, so daß man schnell in die verschiedenen Stadtteile gelangen kann. Für Hamburg besteht Zuzugssperre, da 50% der Wohnungen vernichtet sind. Uns wurde jedoch der Zuzug ohne weiteres gestattet, da wir politische Flüchtlinge sind und vor unserer Flucht in Hamburg ansässig waren. Wir bekamen deshalb auch sofort die Lebensmittelkarten wie die übrige Bevölkerung. Wir hatten gehört, daß die Polizei schon weitgehend von Nazis gesäubert ist und waren erstaunt, als einzigen Wandschmuck im Dienstraum der Polizei Hamburg-Blankenese ein Bild von Hindenburg zu sehen. Die nationalsozialistischen Straßennamen sind bereits durch die alten Namen ersetzt. Allerdings hat die Schlageterstraße noch ihren Namen behalten, da der Bürgermeister Petersen meinte, Schlageter sei doch ein guter Deutscher gewesen. Man glaubt jedoch, daß Petersen sich scheut, die Straße wieder Karl-Marx-Straße zu nennen. Auch hat die Franco-Allee noch nicht wieder ihren alten Namen, da es sich nach den Buchstaben hier nicht um einen „Nationalsozialisten“ handelt. Im Straßenbild fällt besonders auf, daß viele Männer und Frauen ganze Klempnerläden von Kriegsauszeichnungen auf ihrer Brust tragen (sogar Auszeichnungen aus dem ersten Weltkrieg). Ein Zollbeamter erklärte auf Befragen, daß dies von oben angeordnet sei. Ich konnte nicht erfahren, ob mit „oben“ die deutsche oder englische Behörde gemeint war. Viele Menschen sehen normal, gut aus. Doch trifft man immer wieder alte Leute, junge Burschen und Kinder, die außerordentlich elend aussehen. Wir erklären es uns damit, daß nicht alle Leute rührig genug und körperlich fähig sind, auf dem Lande die Lebensmittel zu beschaffen, die zusätzlich nötig sind. Gemüse und Obst sind in der Stadt fast nicht erhältlich, die zugeteilten Rationen reichen bei weitem nicht aus. Im Vergleich mit der französischen und amerikanischen Besatzungszone fiel uns auf, daß an der Beseitigung von Schutt auf den Straßen gut gearbeitet wird. Auch an der Instandsetzung der Verkehrsmittel wird gearbeitet. In einer Straße sahen wir, daß neue elektrische Bogenlampen aufgestellt worden waren. An vielen Stellen der Stadt schafft sich die Bevölkerung durch Selbsthilfe neuen Wohnraum. Für den Personenverkehr nach auswärts spielt der Auto-Gelegenheitsverkehr eine große Rolle. Eine Reihe ehemaliger Verkehrsbüros treten hier als Vermittler auf. Ähnlich ist es für den Frachtverkehr. Spediteure haben Sammelplätze eingerichtet, an denen man Frachtstücke mit einem Autofrachtbrief aufgeben und befördern lassen kann. Man sieht immer noch viele Flüchtlinge und auch Fremdarbeiter, für deren Abtransport man alles mögliche unternimmt. Besonders schwierig ist das für Flüchtlinge, die in die russisch besetzten Gebiete wollen und nicht hineingelassen werden.

¹¹ Der erste Teil des Berichts enthält eine Beschreibung der Reise aus der Schweiz nach Hamburg. Er ist hier abgedruckt S. 93

Auf dem Zentral-Wohnungsamt wurden wir sehr freundlich von neu eingesetzten Beamten begrüßt. Es handelt sich um Genossen, die bis vor kurzem im Konzentrationslager waren. Sie sagten uns, daß sie schon lange darauf warteten, daß Genossen aus dem Ausland zurückkommen, und daß sie sich freuen, uns als erste begrüßen zu können. Sie waren uns mit Rat und Tat behilflich und verwiesen uns an das Komitee ehemaliger politischer Häftlinge¹². Wir haben dieses Komitee besucht und von seiner Leitung einen guten Eindruck gehabt. Das Komitee ist außerordentlich rührig. Es sorgt für Wohnung, Arbeit, zusätzliche Lebensmittel, ärztliche Betreuung, Erholung, Bekleidung, Kinderfürsorge, Beschaffung von Möbeln und Beratung in Rechtsfragen. Da diese Stelle keine Behörde ist, gilt es, viele Schwierigkeiten zu überwinden. Das Komitee kann daher bis jetzt nur in bescheidenem Rahmen helfen. Als Beispiel für die Schwierigkeiten, die sich der Arbeit des Komitees entgegenstellen, erwähnen wir, daß das Komitee ein Heim für Kinder, deren Eltern in Konzentrationslagern hingerichtet wurden, einrichten möchte. Erstens ist es schwierig, hierfür die Genehmigung der englischen Behörden zu erhalten. Zweitens machen die Stadtbehörden von Winsen, wo man ein Heim in Aussicht hat, darauf aufmerksam, daß dieses Heim von städtischem Personal geleitet werden müßte, wogegen das Komitee diese Kinder von Genossen erziehen haben möchte. Wir werden prüfen, wie weit das Schweizerische Arbeiterhilfswerk¹³ eine Teilhilfe für ein solches Heim gewähren kann. Eine solche Hilfe kommt eventuell für das schon bestehende Erholungsheim für ehemalige politische Gefangene in Frage.

Für die Juden und für die von den Nürnberger Gesetzen Betroffenen gibt es ein Komitee, das sich mit den jüdisch-kulturellen Angelegenheiten befaßt und eine „Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen“¹⁴. Dieses Komitee ist von den deutschen und englischen Behörden anerkannt und hat ähnliche Aufgaben wie das Komitee der ehemaligen politischen Gefangenen. Für alle materiellen Schäden der politisch und rassisch Verfolgten hat die Stadt Hamburg eine Wiedergutmachungskommission eingesetzt, bei der die Verfolgten ihre Ansprüche anmelden können. Eine gesetzliche Regelung über Art und Höhe der Wiedergutmachung ist noch nicht getroffen.

Auf dem Einwohnermeldeamt sahen wir an den Wänden noch Erlasse der NSDAP. Die Einwohnermeldekarten tragen als ersten Vermerk: „arisch“ oder „nichtarisch“.

Auf der Vermögens- und Liegenschaftsverwaltung des Oberfinanzamtes stellten wir fest, daß dort noch alle Beamten einschließlich des Dienststellenleiters Nazis sind. Es handelt sich

¹² Das „Komitee ehemaliger politischer Gefangener“ wurde von ehemaligen Hamburger Buchenwaldhäftlingen gegründet, die am 23.5.1945 nach Hamburg mit der Kenntnis des Manifestes der demokratischen Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald zurückkehrten. Der Name des Komitees tauchte zum ersten Mal am 12.7.1945 auf. Praktische Tagesaufgaben und weitgesteckte antifaschistische Ziele wurden gleichzeitig verfolgt. Das Komitee, ein Vorläufer der VVN, löste sich 1948 auf. Vgl. Berlin, Hamburg, S. 330-335.

¹³ Vgl. hierzu oben S. 75

¹⁴ Die „Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen“ wurde unmittelbar nach der Kapitulation im Jahre 1945 gegründet, um die rechtlichen und materiellen Belange von rassisch Verfolgten, die im Sinne der Nationalsozialisten keine sog. Volljuden waren, zu vertreten, wohingegen sich die Jüdische Gemeinde in erster Linie um ihre eigenen Mitglieder kümmerte. Insgesamt haben sich wohl fast 8000 meist sogenannte „Halbjuden“ bzw. „Mischlinge I. Grades“ an die Notgemeinschaft gewandt, um Wiedergutmachungsanträge zu stellen, rechtliche Beratung zu bekommen usw. Nach der Währungsreform gingen die privaten Spenden stark zurück, so daß die Zahl der Mitarbeiter der Notgemeinschaft von zeitweise 40 stark reduziert werden mußte. Die Notgemeinschaft arbeitete zunächst eng mit der VVN zusammen. Sie besteht noch heute und bildet zusammen mit der „Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten“ und der Jüdischen Gemeinde den „Arbeitsausschuß der Organisationen ehemals Verfolgter in Hamburg“. Schriftliche Auskunft von Beate Meyer vom 14.1.1991, sowie von Gerhard Wundermacher, Vorsitzender der „Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen in Hamburg“ vom 27.3.1991.

um Beamte, die noch im April dieses Jahres die Beschlagnahme jüdischen Vermögens erlitten. Beamte, die der Ansicht sind, ihnen könne nichts geschehen, da sie erst 1937 in die Partei eingetreten seien. Sicher muß die Mitgliedschaft in jedem einzelnen Fall geprüft werden. Wir hörten, daß ein 16jähriges Mädchen, das Kindergärtnerin werden wollte, Scharführerin beim BDM sein mußte, um die Erlaubnis zum entsprechenden Schulbesuch zu erhalten. Dieses 16jährige Mädchen wurde aufgefordert, in die Partei einzutreten, was sie mit dem Hinweis auf ihr Alter ablehnte. Sie wurde trotzdem, ohne ihr Einverständnis und ohne ihre Unterschrift, aufgenommen, d.h. ihre Mutter war verpflichtet, vierteljährlich RM 3,20 Mitgliedsbeitrag für sie zu bezahlen.

Auf dem Wohnungsamt des Stadtteils Elmsbüttel hat man vor acht Wochen einen Spezialbeamten eingesetzt, der alle Wohnungsfälle von Nazis und Antinazis bearbeitet. Dieser Herr Kullmann hat einen sehr schweren Stand gegenüber seinen Kollegen und seinem Leiter, die mit den Nazis zu sympathisieren scheinen. Er sagte uns, die Säuberung der Verwaltung gehe sehr langsam vor sich, vor allem, weil die Nazis sich gegenseitig helfen. Er meinte, es wäre noch weit mehr Wohnraum verfügbar, wenn man nur gegen die Nazis straffer vorgehen würde. So hat man zwei Ortsgruppenleiter aus ihren Wohnungen entfernt und in das Haus eines dritten Ortsgruppenleiters gesetzt, damit das Haus nicht geräumt werden müßte. Kullmann hat sich über dieses Verfahren beschwert. Die Antwort auf seine Beschwerde war eine Versetzungsverfügung für ihn zur Sozialfürsorge. Er protestierte gegen diese Verfügung. Ein endgültiger Bescheid steht noch aus. Der gleiche Beamte hatte den Besuch eines Mannes, der dafür verantwortlich war, daß vier Juden ins Konzentrationslager kamen. Kullmann ließ sich das von dem Manne mit seiner Unterschrift bestätigen und ließ ihn daraufhin sofort verhaften. Solche Beamten scheinen jedoch auf einigen Behörden bisher noch eine Seltenheit zu sein.

Die Hauptschwierigkeit bei der Säuberung scheint darin zu liegen, daß sich die Nazis gegenseitig so viel als möglich schützen.

Wir haben uns beim Zentralverband der Angestellten als Mitglieder angemeldet. Erna traf dort einen alten Bekannten aus der Jugendgruppe. Er sagte uns, daß sie bereits 4000 Mitglieder hätten, obwohl sie nur auf mündliche Werbung angewiesen seien. Jede Mitteilung in Presse und Rundfunk sei ihnen untersagt. Er zeigte uns ein ganzes Päckchen Anmeldungen von Nazis der verschiedensten Dienstgrade, die aber von der Mitgliedschaft ausgeschlossen sind. Man war sehr interessiert, über die vorbereitende Gewerkschaftsarbeit in anderen deutschen Städten und im Ausland zu hören. Wir werden in der nächsten Woche hierüber im ZdA berichten. Wir hatten den Eindruck, daß man auch an unserer Mitarbeit sehr interessiert wäre.

Wir sprachen mit einem Hafenarbeiter. Er sagte uns, zur Zeit seien im Hamburger Hafen 6000 Schauerleute, 2000 Quaiarbeiter und 5-6000 Speicherarbeiter beschäftigt. Diese Arbeiter sind nicht wie früher von privaten Firmen angestellt, sondern sie stehen für den Gesamthafenbetrieb zur Verfügung. Sie werden täglich dort eingesetzt, wo sie benötigt werden. Bei voller Beschäftigung verdienen die Arbeiter RM 46.- brutto pro Woche, das ist netto RM 32,60. Unser Arbeiter zahlt für sein Zimmer mit voller Pension RM 25.- die Woche. Wäsche, Reparaturen etc. muß er selber bezahlen. Er ist öfters einige Tage ohne Arbeit, meist, weil wegen Strommangel nicht gearbeitet werden kann, dann wird es ihm sehr schwer, die Pension zu bezahlen, denn für diese Tage wird keinerlei Entschädigung oder Unterstützung gezahlt. Von den Nazis meinte er, daß sie auch manches Gute getan hätten. Z.B. hätten die Arbeiter für den Gesamthafenbetrieb (die früher schon so eingesetzt wurden wie die Hafenarbeiter heute) nach 1933 zum ersten Mal bezahlten Urlaub bekommen. Das hätte es vorher nicht gegeben. Das Erholungsheim der Hapag im Sachsenwald hätte vor 1933 nur den kauf-

männischen Angestellten zur Verfügung gestanden. Nach 1933 konnten sich auch Arbeiter dort erholen.

Der Direktor der Neuen Deutsch-Böhmischen Elbeschiffahrtsgesellschaft berichtet, daß die Kähne in Hamburg mit Kiestransport beschäftigt waren. Das ist nun gestoppt, da selbst die kleinen Mengen Kohle, die für diese Dampfkähne benötigt wurden, nicht mehr zur Verfügung gestellt werden können.

Verschiedene Hamburger Transportunternehmer sind übereinstimmend der Ansicht, daß einigermaßen Kohle nach Hamburg kommen könnte, wenn die Schifffahrt intakt wäre. Nur die Schifffahrt sei in der Lage, die nötigen Mengen zu transportieren, und das sei nicht vor dem nächsten Frühjahr möglich.

Häufig entstehen Schwierigkeiten wegen Kompetenzstreitigkeiten verschiedener englischer Behörden. So hat eine Reederei die Aufforderung der englischen Behörden in Hamburg erhalten, ein Frachtschiff für den Transport von Raps aus Lübeck nach Hamburg zu bringen. Die englischen Behörden in Hamburg verwiesen für die Fahrerlaubnis an die englischen Behörden in Lübeck. Diese sagen, daß Hamburg zuständig sei. Hamburg antwortet, daß es die Genehmigung erst erteilen könne, wenn das Schiff in Hamburg sei. Durch solches Hin und Her geht viel Zeit verloren, und der Reeder steht in der Gefahr, gegen die Bestimmungen der einen oder anderen englischen Behörde zu verstoßen. Für die Instandsetzung von Frachtkähnen ist Holz nötig, aber alle erreichbaren Holzvorräte sind von den englischen Militärbehörden beschlagnahmt, weshalb die Reparatur der Kähne unterbleiben muß.

Mit der „Säuberung“ hat man zunächst beim Beamtenstand begonnen. In der Kaufmannschaft scheinen erst sehr kleine Bemühungen in diese Richtung gegangen zu sein. Man hat in kaufmännischen Kreisen den Eindruck, daß auch hier die Nazis sich gegenseitig außerordentlich helfen und damit auch viel erreichen. Zum Teil scheint das an den Deutschen selber zu liegen. So wurden bei den Neuwahlen für den Vorstand der Hamburger Kaffeeimporteure die vier bisherigen nazistischen Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Einer von ihnen wurde in die neue Handelskammer delegiert. Auf den heftigen Protest einiger jüngerer Leute hin wurden durch eine Verfügung von „oben“ die Nazis abgesetzt und durch nicht-nazistische Leute ersetzt.

Auf dem Wohnungsamt Elmsbüttel, auf dem wir zu tun hatten, hörten wir, daß in diesen Tagen der nazistische Leiter durch einen Sozialisten ersetzt wurde.

Der Leiter der Fachgruppe Papier-Exporteure, **Johann-Heinrich Popper**, hatte die engsten Beziehungen zu Herrn **Helmisch**, dem Leiter der Prüfungsstelle Papier Berlin, von dessen Entscheiden alle Zuteilungen für den Papierexport abhängig waren. **Helmisch** ging besonders scharf gegen nicht-arische und später arisierte Firmen vor, begünstigte umso mehr nazistische Firmen. Herr **Popper** stand in seiner ganz besonderen Gunst. Jetzt kann **Popper** eines der wenigen Papier-Importgeschäfte für die Militärregierung durchführen. Er importiert für die Militärregierung aus Schweden vier Tonnen Spinnpapier, das zur Herstellung von Papiergarn für Mehlsäcke benötigt wird. Die antinazistischen Firmen hatten erwartet, daß ihnen ein solcher Import zugeteilt würde.

Ein junger Jurist, der bei einer Reichsbehörde beschäftigt war, hatte große Schwierigkeiten, sich dort zu halten, da er Vierteljude ist. Unter großen Bemühungen gelang es ihm dann, in die SA einzutreten. Dies konnte ihn auf die Dauer nicht schützen, er wurde wegen seiner Abstammung nach einiger Zeit entlassen. Jetzt aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt, meldete er sich bei seiner alten, inzwischen gereinigten Behörde unter Angabe des seinerzeit-

tigen Entlassungsgrundes: Vierteljude. Er war sehr erstaunt zu erfahren, daß eine Wiedereinstellung trotzdem nicht in Frage käme, da er der SA angehört habe.

Herzliche Grüße,
Klaus und Erna.

Erna und Klaus Meyer aus Hamburg an Hanna Bertholet, 8.9.1945

ISK Box 60
maschinenschriftlich

Liebe Hanna,

Wir freuen uns, Dir heute berichten zu können, daß wir viel Arbeitsmöglichkeiten gefunden haben und daß wir leicht mit vielen wichtigen Menschen und Einrichtungen in Kontakt kommen. Es hat sich ergeben, daß wir unsere Arbeit am leichtesten aufbauen können, wenn wir als Vertreter des Schweizerischen Arbeiterhilfswerkes¹⁵ arbeiten. René [Bertholet] hat uns noch dazu ermächtigt. Wie Du Dir denken kannst, ist die Not hier groß. In der Art, wie wir uns die Fürsorge vorstellen, ist noch sehr wenig geschehen. Es fehlt sicher an Material, aber noch mehr fehlt Initiative, Erfahrung und Verbindung mit anderen Hilfsorganisationen. Wir werden unsere Arbeit im Rahmen der neuerstandenen Arbeiterwohlfahrt¹⁶ selbständig durchführen. Die Arbeiterwohlfahrt hat aus Zweckmäßigkeitsgründen eine enge Verbindung zum Roten Kreuz. Sie ist dem Roten Kreuz angegliedert, und eines ihrer Vorstandsmitglieder ist Präsident des Roten Kreuzes. Die Arbeiterwohlfahrt wird alle sozialen Belange der Gewerkschaften und der SP bearbeiten. Wir selber werden zunächst Material über die Lage sammeln, um dann unsere Vorschläge an Kägi zu geben. Gleichzeitig werden wir Möglichkeiten für den Aufbau von Selbsthilfeorganisationen haben. Durch diese Arbeit haben wir schon jetzt Gelegenheit, mit den maßgebenden Genossen in Gewerkschaft, SP und Verwaltung in engem Kontakt zu stehen. Überall freut man sich sehr über unser Kommen und ist zu jeder Hilfe bereit. Unter solchen Voraussetzungen zu arbeiten, macht wirklich Freude. Es sind uns einige Berichte über illegale Betätigung während der Nazi Herrschaft in Aussicht gestellt, und wir legen einige diesem Brief bei.¹⁷ Wir waren zu einer ersten Versammlung der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit eingeladen. Durch Ernas Verbindung fanden wir in dieser Gruppe, der ausgezeichnete Frauen angehören, und die sich hier neu aufbaut, guten Eingang. Wir werden auch hier aktiv mitarbeiten. Klaus war heute bei der Vorstandssitzung der „Liga für demokratischen Aufbau“, deren Programm Du anliegend (bei Kopie Bericht Willi [Eichler]) findest.¹⁸ Ich bin eingeladen (Klaus), vor der Liga mehrere Referate zu halten. Wir sind ferner aufgefordert worden, bei dem Ortsausschuß der Gewerkschaften, dem vorläufigen Parteivorstand der SP und in den Distrikten der SP Referate zu halten.

Unsere persönlichen Verhältnisse ordnen sich gut. Mit Klaus' Reise nach Heidelberg-Mannheim konnte er interessante Einblicke in verschiedene Wirtschaftsgebiete nehmen, über

¹⁵ Vgl. hierzu oben S. 75

¹⁶ Die Arbeiterwohlfahrt wurde in Hamburg Ende August 1945 wiederbegründet. vgl. hierzu Walter Tormin, Die Hamburger SPD von 1945 bis heute; in: 125 Jahre, S. 39-65

¹⁷ Konnte nicht ermittelt werden.

¹⁸ Das undatierte Programm der „Liga für demokratischen Aufbau“ befindet sich im PA Kalbitzer.

die er an Willi berichtete.¹⁹ Das Haus in Mannheim ist wieder in seinem Besitz, und der Staat hat die nötigen Gelder für Reparaturen zur Verfügung gestellt. Die Amerikaner haben hierzu und zur Materialverwendung ihre Genehmigung gegeben. Die Wiedergutmachungsanträge in Hamburg sind ebenfalls eingereicht, so daß wir hoffen können, für unseren Lebensunterhalt bald unanhängig zu sein. Unsere größte Freude wäre Dein baldiger Besuch. Du kannst bei uns im richtigen Bett mit allem Zubehör schlafen. Ernas Schwestern helfen uns im Haushalt, so daß wir die Zeit wirklich ganz für die Arbeit verwenden können.

Zum Schluß grüßen wir alle Freunde herzlichst, und damit sie wissen, daß wir immer an sie alle denken, wollen wir sie namentlich nennen: Nora [Platiel], Germain, dessen Bericht Nr. 8²⁰ uns ganz besonders wertvoll war, Mascha [Oettli] samt Mutter Oettli, Rosmarie, Herta [Walter], Blanche, Anchi, Pablo, Petz und Zerfs. Ebenso Dir sehr herzliche Grüße,

Deine
Erna und Klaus

Erna und Klaus Meyer aus Hamburg an Regina Kägi-Fuchsmann, 11.9.1945

ISK Box 60
maschinenschriftlich

Liebe Regina²¹,

wir bemühen uns, möglichst genaue Unterlagen über die Lage in Hamburg zu erhalten und können Dir heute unseren zweiten Bericht geben. Der Leiter des Gesundheitswesens in Hamburg, Prof. Degkwitz, und sein enger Mitarbeiter, Herr Dr. Wahl, haben uns heute anhand genauer Unterlagen unterrichtet.

Hamburg hat heute ca. 1,2 Millionen Einwohner. Das sind 660.000 Einwohner weniger als früher. Diese 660.000 stammen aus den dicht bevölkerten Arbeiterquartieren, die zerstört sind. Dieser Bevölkerungsteil war gesundheitlich am schlechtesten dran. Sie sind im großen Heer der Evakuierten in verschiedenen Teilen Deutschlands untergebracht. Wäre dieser Teil der Bevölkerung noch anwesend, so würde die Gesundheitslage weit schlechter aussehen. Man hat in Hamburg zur Feststellung der Tuberkulose mit Röntgenreihenuntersuchungen begonnen. 3% der Bevölkerung leidet an Tuberkulose (nur Erwachsene; Erkrankung der Heliosdrüse bei Kindern, die später leicht ausheilt, ist nicht berücksichtigt). Es gibt in Hamburg 8400 Menschen, die an offener, aktiver Tuberkulose leiden. Hiervon sind erst ca. 2000 erfaßt und in Behandlung. Außerdem gibt es 23.000 geschlossene Tuberkulosen. Die Ernährung besteht aus 1500 Kalorien pro Tag, was auf die Dauer für die arbeitende Bevölkerung sicher zu wenig ist. Im Augenblick ist es noch erträglich, da bei vielen Menschen eine gute Substanz vorhanden ist. In Hamburg sind ca. 8000 Krankbetten vorhanden, die sich auf 58 staatliche und private Krankenanstalten verteilen und die restlos belegt sind. Die Verpflegung in den Krankenhäusern entspricht der der übrigen Bevölkerung. Für kurzfristige Krankheiten ist die Verpflegung ausreichend. Für schwerere Krankheiten fehlt vor allem Eiweiß, und es ist eigentlich unmöglich, daß der Patient wieder zu Kräften kommt. Es treten jetzt zum ersten Mal bei arbeitenden Erwachsenen mittleren Alters Hungerödeme auf. Es ist erstaunlich, daß die

¹⁹ Vgl. hierzu den Bericht von Erna und Klaus Meyer vom August 1945.

²⁰ Konnte nicht ermittelt werden.

²¹ Handschriftlicher Zusatz: „Kopie an Hanna“ [Bertholet].

Anzeichen des Hungerödems schon zum Verschwinden kommen, wenn täglich ein halber Liter Magermilch zusätzlich gewährt werden kann. Für Hamburg besteht noch eine schwierige Aufgabe in der Versorgung von Kriegsgeschädigten, die infolge ihrer Verletzung noch etwa drei Jahre Behandlung brauchen und in diesem Zustand von ihren Heimatbehörden nicht aufgenommen werden. Es handelt sich um tausend schwer Gesichtsverletzte, 150 Kriegsblinde, 5-600 Hirnverletzte, bei denen ein Teil des Gehirns fehlt und die umgeschult werden müssen, und 1500 bis 2000 amputierte orthopädische Fälle.

Eine schwere Sorge bilden auch 2-3000 ältere Personen über 60 Jahre, deren Gesundheitszustand schwach ist und die bei der Ernährungslage und bei der Unmöglichkeit, für den Winter Hausbrand zu besorgen, Lungenentzündungen bekommen werden und im kommenden Winter sterben müssen. Die Medikamente (Cibazol und Eleutron), um Lungenentzündungen zu bekämpfen, fehlen völlig. Das Fehlen dieser Mittel macht sich auch sehr bemerkbar auf dem Gebiet der Geschlechtskrankheiten, die rapide steigen. Noch sind die Fälle von Syphilis selten. Dafür ist der Tripper weit verbreitet. Der Verkehr findet vielfach gegen Lebensmittel statt, und auch die Arbeitslosigkeit vieler Menschen ist eine Ursache für die Zunahme der Geschlechtskrankheiten. Infolge der vielen Trümmer, dem Schutt und der Feuchtigkeit gibt es besonders viele Mücken. Auch die Rattenplage ist groß. Bei den Kindern ist die Rachitis stark im Steigen begriffen. Vitaminpräparate wie Vigantol, das das fehlende Vitamin D ersetzen könnte, fehlen. Aus Mangel an Vitamin A und aus Unsauberkeit entstehen viele Hautkrankheiten. Während der warmen Jahreszeit waren die Waschmöglichkeiten noch verhältnismäßig günstig. Im Winter werden auch hier große Schwierigkeiten entstehen. Die Wasserversorgung gibt immer noch zu Besorgnis Anlaß, da in den zerstörten Gebieten viele Rohre kaputt sind und da vor allem die Alster, der große Binnensee inmitten der Stadt, eine ständige Infektionsgefahr darstellt.

An Medikamenten und ärztlichem Material fehlen ganz besonders: Mittel wie Cibazol und Eleutron (siehe oben), Zellstoff (Man hilft sich z.Zt. mit Mullsäckchen, die mit Holzwolle gefüllt sind. Wenn die Holzwolle Eiter aufgesaugt hat, wird sie entfernt, die Säckchen müssen aber wieder verwendet werden.), Mullbinden, Gipsbinden, Gips und Röntgenfilme, die für die Röntgen-Reihenuntersuchungen unentbehrlich sind. Bei der engen Unterbringung der Bevölkerung ist es unbedingt nötig, daß die Tuberkulösen aufgefunden und ausgesondert werden. Eine schwere Sorge ist das Fehlen jeglichen Insulins. Es gibt in der britischen Zone 80.000 Menschen, die Insulin brauchen. Von ihnen kann man einen geringen Teil auf Diät umstellen, die anderen werden sterben müssen, wenn es nicht gelingt, in letzter Minute noch Insulin zu beschaffen. Wir werden hierüber noch gesondert berichten. Die Hamburger Behörden müssen außer den oben erwähnten Tuberkulösen noch folgende tuberkulöse ehemalige Kriegsgefangene und Fremdarbeiter versorgen: 92 Franzosen, 1095 Russen, 211 Amerikaner. Für die Franzosen und Amerikaner wird sich mit der Zeit eine Lösung finden. Die Russen sind ein schweres Problem, da die russischen Behörden sich weigern, diese Leute zurückzunehmen.

Hamburg selber ist für Flüchtlinge aus dem Osten gesperrt. Diese werden in Schleswig-Holstein aufgenommen. Schleswig-Holstein untersteht der Mitbetreuung der Hamburger Gesundheitsbehörden. Der Zuzug an Ostflüchtlingen beträgt in diesem Gebiet 1,2 Millionen. Das ist eine Steigerung der Bevölkerung von 1943 um 100%. In einer kleinen Stadt wie z.B. Pinneberg stieg die Bevölkerung von 11- auf 24.000.²² Unter diesen Ostflüchtlingen befinden sich, wie schon oben erwähnt, ca. 2000 Ärzte. Diese Ärzte haben nicht das Recht zu praktizieren, tun dies aber auf eigene Faust und lassen sich mit Lebensmitteln honorieren.

²² Pinneberg blieb im Zweiten Weltkrieg nahezu unzerstört. Eine Folge des Krieges aber war die große Zunahme der Einwohnerzahl (1939: 13.345, 1945: 22.050, 1946: 24.066, 1947: 24.369). Schriftliche Auskunft des StA Pinneberg vom 19.6.1991

Sie haben zum Teil größere Mengen von Medikamenten, die sie sich von der Wehrmacht organisiert haben. Sie sind darum gesuchter als die ortsansässigen Ärzte.

Es gibt noch eine große Zahl von militärisch-ärztlichen Dienststellen und Verwaltungen, denen viele Lazarette unterstehen. Die Besatzungsbehörden haben eingewilligt, daß diese Lazarette nach und nach den Zivilbehörden zur Verfügung gestellt werden. Die Militärs versuchen das zu verhindern, weil damit ihre Arbeitsmöglichkeit zu Ende ist und sie ins Gefangenlager müssen. Außerdem versuchen die Militärärzte immer wieder, sich die Instrumente solcher Lazarette anzueignen. Im Hamburger Sektor arbeitet ein sehr geschickter Verbindungsmann der zivilen Gesundheitsverwaltung, der es versteht, die Machenschaften der Militärs zu unterbinden. Aber es entstehen auch Schwierigkeiten durch die Besatzungsbehörden, die in Hamburg ein ziviles Krankenhaus (Barmbeck) mit 2000 Betten beschlagnahmten und als Ersatz der Zivilbevölkerung ein ehemaliges Lazarett (Wandsbeck) mit 800 Betten zur Verfügung stellten. Die Betten in den Krankenhäusern sind meist mit Papiersäcken, die mit Stroh gefüllt sind, ausgestattet.

Wir sprachen über den Plan, ein Kinderheim für Kinder ermordeter politischer Häftlinge einzurichten, mit den städtischen Gesundheitsbehörden und der Sozialfürsorge.²³ Man hält diese Aufgabe für dringend notwendig und will sie nach Kräften unterstützen. Alle Befragten sind sich darüber einig, daß es außerordentlich erwünscht wäre, für dieses Heim eine Schweizer Leiterin zu erhalten. Falls ihr damit einverstanden seid, werden wir gerne alle erforderlichen Schritte unternehmen.

Wir besuchten heute noch die Maschinenfabrik Heydenreich und Harbeck. Es ist die einzige bedeutende Fabrik für die Herstellung von Werkzeugmaschinen, die in der britischen Zone intakt geblieben ist. Die Genossen Weide und Schnor, die Betriebsräte der Belegschaft sind und die zum Vorstand des Metallarbeiterverbandes gehören, orientierten uns dort. Weide ist außerdem Mitglied des aus fünf Personen bestehenden Ortsausschusses der Gewerkschaften in Hamburg.²⁴ Die Fabrik beschäftigt jetzt 400 Arbeiter (früher 1800) und baut noch einige Werkzeugmaschinen und schleift Zylinder für die Engländer. Ein Teil der Belegschaft muß in Nachtschicht arbeiten, um den Nachtstrom ausnützen zu können. Der Belegschaft stehen 190 Schwerarbeiterkarten zur Verfügung (Lebensmittelzusatz). Die Arbeiter arbeiten 48 Stunden in der Woche und verdienen durchschnittlich RM 1,40 pro Stunde, früher RM 1,50 - 1,90. Die Unternehmer konnten die Löhne herunterdrücken, weil für neue Arbeiten neue Akkordsätze festgesetzt wurden. Infolge der mangelnden Ernährung sind die Arbeiter meist kaum in der Lage, den geforderten Akkord zu erfüllen und verdienen so oft unter dem Grundlohn. Das Werk hat eine eigene Kantine, in der mittags eine warme Suppe ausgegeben wird. Die Arbeiter müssen hierfür Lebensmittelmarken abgeben (50g Fleisch, 20g Fett, 50g Brot, 50g Nahrungsmittel in der Woche). Da die Kantine keinerlei Zusatzmarken erhält, ist die Suppe dünn und wenig nahrhaft. Die Fabrik hat außerdem eine vorbildliche Lehrlingswerkstatt, in der 250 Lehrlinge beschäftigt werden. Es wäre sicher unvorstellbar schön, wenn man es durch eine Solidaritätsaktion der Schweizer Arbeiter ermöglichen könnte, diesen Lehrlingen eine Zusatznahrung zur täglichen Suppenspeisung zu geben. Wir werden natürlich auch noch die anderen Hamburger Betriebe besuchen, um festzustellen, ob in anderen Betrieben noch größere Not vorhanden ist. Eine ganze Reihe Arbeiterfamilien dieses Werkes sind noch im April dieses Jahres ausgebombt worden. Sie sind in den Baracken eines ehemaligen Fremdarbeiterlagers, das in der Nähe des Werkes liegt, untergebracht. Es stehen ihnen dort pro Familie zwei Barackenräume von je 2 x 5 m zur Verfügung. Wir haben diese Familien besucht. Eine Familie, bestehend aus drei Erwachsenen und vier Kindern, hauste in diesen zwei

²³ Vgl. dazu den Bericht von Erna und Klaus Meyer im August 1945, hier abgedruckt S. 500

²⁴ Dies waren Petersen, Schnoor, Weide, Schotte und Tastesen. Vgl. Mielke, Aufbau, S. 347, Dok. 85.

Räumen. Das ganze Inventar besteht aus drei Luftschutzbetten mit je einer Garnitur Wäsche, einer Kommode, einem Tisch, sieben Hockern und einem kleinen Kanonenofen, auf dem das Essen gekocht werden muß. Als Heizmaterial dient Holz, das die Kinder aus den Trümmern bergen.

Wir müssen hier Dir wieder bestätigen, daß wir überall bei Gesundheitsbehörden, Sozialfürsorge, Arbeiterwohlfahrt, Gewerkschaften, kurz bei allen Stellen, die uns für unsere Arbeit wichtig sind, mit großer Freude begrüßt werden. Schon die Tatsache, daß es in der Schweiz Genossen gibt, die sich für die Lage der Genossen in Hamburg interessieren, gibt den Menschen hier neuen Mut und neue Hoffnung. Sie bringen uns ein kindliches Vertrauen entgegen und sind zu jeder nur denkbaren Hilfe bereit. Kaum haben wir von unseren Plänen gesprochen und unsere Fragen gestellt, so werden uns schon Vorschläge gemacht, wie man diese oder jene Selbsthilfe organisieren könnte, an die man bisher gar nicht gedacht hat. Das ist uns eine große Ermutigung und auch Bestätigung dafür, daß wir uns auf dem richtigen Weg befinden.

Wir wollen damit diesen Bericht schließen und hoffen, im Laufe der Woche noch einen weiteren Bericht geben zu können. Wir bitten Dich, dem Vorstand und allen Mitarbeitern des Arbeiterhilfswerkes unsere herzlichsten Grüße zu sagen. Dir selber herzliche Grüße

Deine

Emmi Kalbitzer, Offener Brief an Nachbarn, 15.9.1945

PA Kalbitzer
maschinenschriftlich

Bekämpft Nazi-Hetze!

Täglich hören wir allerorts noch Nazi-propaganda, der wir unbedingt energisch entgegen-treten müssen. Nur wenn wir es wieder lernen, unsere Meinung offen und laut zu sagen, haben wir Aussicht, den Anfang zu machen zu einer Reinigung der öffentlichen Meinung.

Einige Beispiele:

Auf einer Dienststelle des Wirtschaftsamtes. Ein Mann ist unzufrieden, er muß für Krankenhauszusatzkarten seine Raucherkarte abgeben, er murren. Daraufhin die Beamtin: „Das wird noch besser! Wir können uns freuen, daß wir noch in unseren Wohnungen sind, bald werden die Engländer uns wohl daraus vertreiben, in anderen Städten ist die Wohnungsnot schon viel größer.“

Eine Stimme aus dem Publikum: „Ja, weil dort noch viel mehr Menschen ausgebombt sind und weil dort gekämpft wurde! In Hamburg hätte auch noch gekämpft werden müssen, dann ginge es uns besser, wie?“

In einer Dienststelle der Reichsärztekammer wird gefragt, ob ein unterschriebenes Attest nicht wie früher gleich wieder mitgenommen werden kann. Die Beamtin: „Ja, früher hatten wir auch eine andere Regierung! Aber die Militärregierung hat mir eine solche Handlungsweise ausdrücklich verboten!“

Solchen Saboteuren wollen wir gleich die richtige Antwort geben und mit unserer Meinung über „die frühere Regierung“ nicht zurückhalten.

In Bergedorf gibt es ein Plakat: Daß wir hungern, ist Schuld Hitlers! Nicht oft genug können wir das sagen, wenn in der Schlange vor den Läden die Frauen über die kleinen Zuteilun-

gen murren, sicher nicht unberechtigt murren. Immer wieder müssen wir es sagen: Daß wir soweit sind, verdanken wir dem Führer!

Erna und Klaus Meyer aus Hamburg an Regina Kägi-Fuchsmann, 16.9.1945

ISK Box 60
maschinenschriftlich

Liebe Regina²⁵,

In Fortsetzung unseres Berichtes vom 11. September²⁶ möchten wir Dir heute, teils ergänzend, teils berichtend, weiteres Material über die Lage in Hamburg geben.

Wir haben uns von den deutschen Behörden, der Gesundheitsverwaltung der Stadt Hamburg und der Sozialverwaltung, „amtliches“ Zahlenmaterial beschafft, das wir in der Anlage übersenden.²⁷ Ein Teil des Materials stammt von Ende Mai 1945, was an und für sich keine Bedeutung hat, da die Verwaltung hier in ihrer Tätigkeit nie unterbrochen wurde. Die meisten von mir geforderten Zahlen waren zur Hand, da eine Schweizerin, eine gewisse Frau **Charlotte von Pavel**, diese Zahlen bereits für Schweizer Hilfsorganisationen verlangt hat. Uns kamen die Zahlen aufgrund unserer anderen bisherigen Ermittlungen viel zu hoch vor, vor allem, was die Anforderung von Medikamenten betrifft. Wir haben uns daher mit Vertretern der Ärzteschaft, der Apotheker und der pharmazeutischen Fabriken in Verbindung gesetzt und festgestellt, daß unser Mißtrauen voll berechtigt ist. Da wir wissen, daß Frau von Pavel die „amtlichen“ Zahlen nach der Schweiz weitergeleitet hat, dürfte das Ergebnis unserer Untersuchungen das SAH²⁸ besonders interessieren.

Betrifft: Anlage 4. Die Gesamtkinderzahl ist richtig, hochgerechnet sind 8-10% dieser Kinder in irgendeiner Form hilfsbedürftig. Die unter 3. und ff. angeführten Materialien sind für die Versorgung der Gesamtkinderzahl aufgestellt, wobei die hier vorhandenen Bestände oder lieferbaren Mengen überhaupt nicht berücksichtigt sind.

Trockenmilch ist sicher sehr knapp und kann nur in dringenden Fällen vom Arzt verordnet werden. Die Apotheken können bisher solche Rezepte beliefern. Das gleiche gilt für Buttermilch. Wie im vorhergehenden Bericht erwähnt, wirken sich mangelnde Stillmöglichkeiten der Mütter und die Transportverhältnisse für Kuhmilch schlecht für die Säuglingsernährung aus. Hier hilft die pharmazeutische Industrie, die ab nächsten Monat Cefero-Milch-Tabletten liefern kann. Diese Tabletten enthalten Eisen und Vitamin C. Sie werden der Kuhmilch zugesetzt, lassen diese gerinnen und machen sie leicht verdaulich.

Traubenzucker ist ebenfalls knapp, aber die dringend notwendigen Mengen können von zwei Werken (Malzena Hamburg und Brennerei Tornesch) hergestellt und geliefert werden.

Nestlémehl und Kakao sind tatsächlich knapp, und Lieferungen wären uns für das in Aussicht genommene Kinderheim der KZ-Kinder besonders wichtig.

Kinderwäsche. Fertige Kinderwäsche kann den enormen Bedarf nicht decken. Aber es ist genügend Material aus Wehrmachtsbeständen, die für den zivilen Bedarf frei werden, vor-

²⁵ Handschriftlicher Zusatz: „Kopie an Hanna“ [Bertholet].

²⁶ Der Bericht von Erna und Klaus Meyer vom 11.9.1945 ist hier abgedruckt S. 505

²⁷ Konnte nicht ermittelt werden.

²⁸ Vgl. hierzu oben S. 75

handen, um durch geeignete Aktionen die fehlende Wäsche herzustellen. Selbstverständlich fehlen Gummunterlagen, Gummihöschchen und Wolle für Strampelhöschchen etc. trotzdem.

Notwendige Baracken und Betten für Krankenhäuser. Allein im Raum Hamburg und Schleswig-Holstein, die für die Krankenversorgung einen einheitlichen Bezirk darstellen, gibt es 60.000 Betten, die im Wehrmachtssektor frei werden und dem zivilen Sektor zugeführt werden. Zu diesen Betten gehört Bettwäsche und Ersatzwäsche. Mit dem fortschreitenden Auflösen der Wehrmacht werden auch die freiwerdenden Lazarette mit allen Instrumenten für die Zivilbevölkerung zur Verfügung gestellt. Hieraus ergibt sich, daß dieser Teil der ärztlichen Versorgung für die Zivilbevölkerung gesichert ist.

Betrifft: Anlage 5. Die im Bericht angegebenen Zahlen sind richtig. Der Bericht ist vom Leiter der Sozialverwaltung, **Martini**, verfaßt. Martini war Nazi, ist aber mit dem Bürgermeister Petersen befreundet und wurde von diesem bisher gehalten. Es ist bezeichnend, daß Martini keine Angaben über die Zahl der Kriegswaisen und Gestapoopfer feststellen konnte. Es gibt genügend Stellen, bei denen diese Zahlen rasch festzustellen sind. Dem „Komitee ehemaliger politischer Häftlinge“²⁹ sind bisher 300 Kinder bekannt, von denen mindestens ein Elternteil im KZ umgekommen ist.

Betrifft: Anlage 6. Den Bedarf der „dringendst benötigten Medikamente“ haben wir besonders sorgfältig nachgeprüft. Bei dieser Prüfung waren zugegen: **Dr. Wahl** (Verbindungsmann zwischen Gesundheitsverwaltung Hamburg und der militärärztlichen Versorgung für Hamburg und Schleswig-Holstein); **Apotheker Schönemann** (Verbindungsmann der gleichen Behörden für den Medikamentensektor) und **Direktor Wolf** (Leiter der Nordmark-Werke Uetersen, einer der leistungsfähigsten pharmazeutischen Fabriken der britischen Zone).

Insulin kann nun in ausreichenden Mengen für die gesamte britische Zone hergestellt und geliefert werden.

Sulfonamide. Hierzu gehört auch das im vorherigen Bericht erwähnte **Eleutron** und **Cibazol**. Die Nordmark-Werke können allein für Hamburg monatlich 1 Million Tabletten liefern.

Morphium kann in ausreichendem Maße hergestellt werden, da man gerade in einer Saline große Mengen von Rohmorphium, die dort versteckt waren, aufgefunden hat.

Codeinphosphate, Jodkali, Jod, Jodnatrium. Diese Medikamente können von der Firma Johann Dietrich Bieber, Hamburg, geliefert werden.

Wismuthsalze können von der Firma Tosse & Co., Hamburg, geliefert werden. Der Direktor war Nazi und war in der Zuteilung von Rohstoffen sehr bevorzugt.

Coffein und Coffeinsalze können von der Firma Böhringer & Co. in Hamburg geliefert werden.

Chinin ist nicht vorhanden, dafür aber Brochinin, das die Nordmark-Werke liefern können.

Fette Öle. Die geforderten Mengen sind aus den Beständen der Apotheken größtenteils zu liefern. Darüber hinaus können sie von Noblé und Thörn, Hamburg, geliefert werden.

²⁹ Vgl. hierzu oben S. 501;

Lebertran ist nicht vorhanden, dafür aber ein Vitamin D-Präparat, "**Omnival**", das von den Nordmark-Werken geliefert werden kann.

Herzmittel aller Art können von den Nordmark-Werken geliefert werden.

Strophantin-Ampullen können von Böhringer, Hamburg, Coramin von den Nordmark-Werken geliefert werden.

Schilddrüsen-Präparate könnten auf Verlangen von den Nordmark-Werken hergestellt werden.

Narkose- und Waschäther und Chloräthyl sind in ausreichender Menge vorhanden.

Diphtherie- und Scharlach-Sera werden in ausreichender Menge in Itzehoe hergestellt. Formalin ist nicht vorhanden, hingegen wird von den Nordmark-Werken ein Neozit-ähnliches Mittel hergestellt.

Cresol-Seifenlösung von Schülke & Mayr, Hamburg, lieferbar.

Borsäure ist nicht vorhanden und kann auch nicht beschafft werden.

Salzsäure ist von den Norddeutschen Chemischen Werken in Harburg lieferbar.

Salmiakgeist und Benzol sind lieferbar.

Azeton kann von der Firma Wacker, München, geliefert werden, sowie Kohle vorhanden ist.

Xylol fehlt und ist auch nicht zu beschaffen.

Paraffin liquide ist schwer zu beschaffen, in kleinen Mengen aber von Schliemann, Hamburg, zu liefern, ebenso **weiße Vaseline**.

Extrakte Bella Donna sind nicht aufzutreiben. Die anderen Extrakte sind von der Brenneri Tornesch oder Ersatzstoffe von den Nordmark-Werken zu liefern.

Medikamente gegen Gallenleiden sind nicht zu beschaffen.

Verbandsstoffe. Wie schon im vorhergehenden Bericht erwähnt, sind Zellstoff und Mullbinden knapp bzw. fehlen ganz. Papierbinden sind ausreichend vorhanden. Fieberthermometer sind ausreichend vorhanden. Gerade für diese Artikel sind die Wehrmachtsbestände für den zivilen Sektor heranzuziehen. Außerdem wird uns versichert, daß das Rote Kreuz noch über große Bestände verfügt. Die Nazis haben das Rote Kreuz, das sie als eine nationalsozialistische Hilfsorganisation betrachteten, weit über den Rahmen seiner Aufgaben mit Material aller Art beliefert.

Wir haben aus unseren Untersuchungen gesehen, daß es sehr wenig Menschen gibt, die einen Überblick über das benötigte Material, die vorhandenen Bestände, die versteckten Bestände und die Fabrikationsmöglichkeiten haben. Dazu muß die Rohstoffbeschaffung und die Transportmöglichkeit berücksichtigt werden. Aus diesen Gründen ist es notwendig, sich sehr

eingehend ein Bild über die Gesamtlage zu machen, bevor man Vorschläge für Hilfsaktionen ausarbeitet. Wir sind überzeugt, daß sich die hieraus ergebende Verzögerung gut in Kauf nehmen läßt, weil nur so die angeforderte Hilfe am richtigen Platz eingesetzt werden kann und die größtmögliche Wirkung haben wird.

Über die Versorgung mit Medikamenten ist allgemein noch zu sagen, daß erhebliche Mengen im Großhandel und in den Apotheken lagern. Die Versorgung der einzelnen Zivilpersonen ist oft schwierig. Die Belieferung der Krankenhäuser ist ausreichend. Großhandel, Fabrikation und Apotheken haben in Hamburg einen Ausschuß gebildet, der die Belieferung in der britischen Zone regeln soll. Außerdem besteht ein großes Lager von Medikamenten in Kiel, das aus beschlagnahmten Wehrmachtsbeständen besteht und für die Versorgung eingesetzt werden kann. Die Apotheker fühlen sich durch das Lager in Kiel zwar benachteiligt, aber es konnte so vermieden werden, daß vieles im Schleichhandel untergeht.

Als Anlage 7 fügen wir einen Bericht des uns als zuverlässig bekannten **Professor Hopf** bei über die Zunahme der Schmutzkrankheiten in Hamburg. Hierzu ist zu sagen, daß Seife und andere Reinigungsmittel knapp und in schlechter Qualität zur Verfügung stehen. Schlimmer beurteilen wir aber den Einfluß der Unterbringung und der damit verbundenen Unmöglichkeit, sich regelmäßig zu waschen. Dies wird vor allem im Winter sich verschlimmern, wenn sich die Leute nicht mehr im Freien waschen können. Wir glauben nicht, daß man durch Lieferung von Seife die Zunahme der Schmutzkrankheiten verhindern kann.

Wir hatten Gelegenheit, uns über die Wohnverhältnisse in Pinneberg zu unterrichten.³⁰ Pinneberg ist eine der ersten größeren Gemeinden nördlich Hamburg und beherbergt, wie alle Schleswig-Holsteinischen Gemeinden, viele Flüchtlinge aus dem Osten. Früher 11.000, heute 24.000 Einwohner, täglicher Zuzug 30 Menschen. Hier kommen die Menschen durch, die in Hamburg keinen Zuzug erhalten und die im großen Strom der Flüchtlinge über die Landstraße ziehen und eine Gemeinde suchen, die sie behält. Man kann aber nur Leute aufnehmen, die in Pinneberg heimatberechtigt sind, dort Verwandte haben oder besondere Härtefälle darstellen (Schwerkriegsbeschädigte). Außerdem gibt es Massenunterkünfte, in denen Flüchtlinge einige Tage bleiben dürfen. Ein Beamter des Wohnungsamtes zeigte uns, wie Flüchtlinge in Pinneberg wohnen. Das Elend, das wir sahen, ist wirklich schwer zu beschreiben. Wir waren zuerst im Dachgeschoß eines Verwaltungshauses. In einem Dachzimmer, in das es hineinregnet, hausten fünf Erwachsene und fünf Kinder. Im Zimmer standen zwei Betten und ein kleines Bett. Ein kleiner Kanonenofen dient als Herd. (Das Zimmer hat ca. 20 qm.) Ähnlich war es in den übrigen Dachzimmern. Der Beamte bemerkte, daß diese Unterkünfte im Verhältnis zu anderen Massenunterkünften in Pinneberg gut seien. Dann besuchten wir eine einheimische Arbeiterfamilie, die seit sieben Jahren in einer feuchten Kellerwohnung, die aus zwei Zimmern und Küche besteht, lebt. Das Schlafzimmer für sieben Personen ist durch drei Betten völlig ausgefüllt. Im Wohnzimmer stehen Tisch und Stühle. Die Küche ist eng und so dunkel, daß man ohne künstliches Licht nichts sehen kann. Dazu ein unerträglicher Gestank von zwei Aborten, die direkt vor der Küche liegen. Dann sahen wir eine 2 1/2 Zimmerwohnung mit Küche, in der ein altes Ehepaar 1 1/2 Zimmer als Eigentümer bewohnen und eine siebenköpfige Flüchtlingsfamilie das andere Zimmer bewohnt. Für diese sieben Personen stehen nur 1 1/2 Betten zur Verfügung. Die Küche scheint für die Flüchtlingsfamilie weitgehend gesperrt zu sein. Die Einheimischen scheinen nicht sehr bereitwillig für die Flüchtlinge Platz zu machen. Selbst wo Flüchtlinge zu Verwandten zogen, sahen wir, daß drei Personen sich mit einem einzigen Raum begnügen mußten, während die Hauseigentümer, ein altes Ehepaar, sich einige Zimmer reserviert hatten und sich sogar den Luxus eines Eßzimmers leisteten. Bei bereitwilligerem Zusammenrücken könnte das Los der Flüchtlinge

³⁰ Vgl. hierzu oben S. 506

wesentlich gebessert werden. Wir waren dann noch in einer kleinen Baracke, die aus einem Raum besteht, in der zwei Erwachsene und drei Kinder hausen. In der Baracke war ein kleiner Ofen, auf dem gekocht werden muß, ein Tisch, Bänke und Strohsäcke, die tagsüber aufeinander liegen. Bei einigem Geschick wäre es möglich, den Raum recht wohnlich zu gestalten. Die Mutter ist jedoch berufstätig, und die erwachsene Schwester muß den ganzen Tag auf den Beinen sein, um die notwendigen Lebensmittel heranzubringen. Die Kinder sind noch nicht fähig, den Haushalt ordentlich zu besorgen, so daß es auch hier recht traurig aussieht.

Die Massenunterkünfte sind verwandt und verlaust. Die Gemeinde ist außerstande, von sich aus dieser Plage Herr zu werden, da täglich neue Passanten Ungeziefer einschleppen. Es erfüllt uns mit großer Sorge, wie furchtbar sich Seuchen auswirken werden, die bei diesen Unterbringungsverhältnissen entstehen können.

Aufgrund unserer bisherigen Untersuchungen schlagen wir vor:

- 1) **Das Kinderheim für ca. 60 Kinder, deren Eltern in KZ's umgekommen sind, muß unbedingt eingerichtet werden.** Wir tun hier alles, um die Einrichtung dieses Heimes zu beschleunigen. Wir brauchen dazu eine Schweizer Genossin als Heimleiterin (die sich als Schweizerin bei den englischen und deutschen Behörden besser durchsetzen kann). Auch für die ärztliche Betreuung im Heim bzw. Behandlung würden die Genossen hier sehr gerne eine Schweizer Schwester aus Arbeiterkreisen haben. (Für beide Posten denken wir an Jetti und Trudi.) Für die Einrichtung des Heimes werden wir uns hier bemühen. Als Nächstes brauchen wir die Zusage, daß Ihr uns zusätzliche Lebensmittel zur Verfügung stellen könnt entsprechend dem Schreiben des Komitees ehemaliger politischer Gefangener vom 28.8.45.³¹ Weiter brauchen wir Kleider, Wäsche und Schuhzeug, Bürsten, Käme, Zahnbürsten, Spielzeug, Bücher, Nähmaterial.
- 2) Wir möchten in Hamburg für die Lehrlinge eines Betriebes eine Zusatzernährung zum täglichen Suppentopf ermöglichen. Wir haben hierzu vorläufig den Lehrlingsbetrieb der Werkzeugmaschinenfabrik **Heydenreich und Harbeck** in Aussicht genommen. Wie schon im vorigen Bericht erwähnt, werden hier 250 Lehrlinge ausgebildet. Es kämen hierfür in Frage: Trockengemüse, Trockenkartoffeln, Trockenfrüchte, Nahrungsmittel, Suppenmehle, Käse, Trockenmilch, Ölsardinen.
- 3) Wir möchten für die Genossen in Hamburg zunächst eine Wärmebaracke einrichten. Infolge der großen Wohnungsnot können nur die ehemaligen Luftschutzbunker als Wärmehallen in Frage kommen. Wir möchten aber ein dringendes Bedürfnis befriedigen, indem wir für die Genossen, die wir als Aktivisten bezeichnen, eine Möglichkeit schaffen, in ihrer Freizeit einen Raum zu haben, in dem sie lesen und schreiben können. Es wird im Winter keine Möglichkeit geben, die Arbeitsstätten zu heizen. Die Unterbringung zu Hause, wo im besten Falle ein Raum geheizt sein kann, wird so eng sein, daß an ein richtiges Arbeiten nicht zu denken ist. Diese Wärmebaracke soll gerade den Menschen dienen, die sich mit ganzer Kraft in all den Jahren gegen den Nationalsozialismus eingesetzt haben und die für den Wiederaufbau so ungeheuer wichtig sind. Diesen Genossen fehlen außer Wärme und Ruhe vor allem die guten Bücher. Außerdem könnte man die Baracke zu einem kleinen Zentrum internationaler Solidarität und zu einem Kulturzentrum machen. Wir denken an Vorträge, Vorlesungen, Aussprachen und Musik. Wir brauchen also: eine Baracke mit abgeteilter Kochmöglichkeit für Tee oder Suppe, Tische und Stühle, Öfen, Geschirr, Geschirr- und Handtücher, Bücher, Zeitungen, Zeitschriften; Tee und Suppenmaterial, Wandbilder und anderes Material zum Ausschmücken.

³¹ Konnte nicht ermittelt werden.

Die hiesigen Genossen zeigen ein ganz großes Interesse an der Arbeit des SAH.³² Wir müssen immer wieder Vorträge über das SAH halten. Dazu ist es nötig, daß wir über die Arbeit des SAH in anderen Ländern auf dem Laufenden sind, und wir bitten sehr darum, daß Ihr uns Berichte und nach Möglichkeit auch Bildmaterial über die Arbeit und Zustände in anderen Ländern zuschickt. Es gibt hier viele Leute, die sich nicht vorstellen können, daß die Not in anderen Ländern zum Teil sogar größer ist als hier, und es ist gut, wenn wir ihnen das schwarz auf weiß beweisen können. Für unsere Arbeit wären uns ein Photoapparat und Filme sehr wertvoll, ebenso ein blauer Arbeitsanzug für Klaus (Klaus ist 1,74 Meter groß) und eine Arbeitsschürze für Erna (Größe 42).

Falls das SAH wieder einmal einen Transport nach Norwegen durchführen sollte, wäre es schön, wenn bei der Gelegenheit unsere Koffer, die bei Elisabeth Schäfer in Basel stehen, mitgenommen werden könnten. Die Ausfuhrbewilligung ist vorhanden und befindet sich bei René [Bertholet] bzw. bei Elisabeth Schäfer. Wir könnten die Sachen, die in diesen Koffern sind, hier sehr gut gebrauchen.

Wir denken in herzlicher Freundschaft an alle Mitarbeiter des SAH. Grüße bitte alle sehr von uns und sei selber herzlichst begrüßt von

Erna und Klaus.

Erna und Klaus Meyer aus Hamburg an Hanna Bertholet, 19.9.1945

ISK Box 60
maschinenschriftlich

Liebe Hanna,

Wir möchten Deine Anfragen³³ beantworten und gleich mit der Frage beginnen, die am schwierigsten zu entziffern war. Wir nehmen an, daß „O-D.“ Ostdeutsche oder Durchschnittsdeutsche bedeuten soll. Oder meinst Du vielleicht die „Ollen Deutschen“? Alle drei Kategorien realisieren in höchst bescheidenem Maße ihre eigene Schuld. Viele, die wir sprachen, haben einen viel schärferen Blick für die Schuld von ausländischen Politikern und Industriellen, die unbelastet von jeder Nazipropaganda die Nazis so kräftig unterstützt hätten. Wenn man auf die eigene Schuld zu sprechen kommt, so hört man immer wieder, daß man von den Verbrechen nichts gewußt habe, oder daß man zum mindesten nicht das Ausmaß der Verbrechen gekannt habe, daß man gezwungen gewesen sei, in die Partei einzutreten, daß man gezwungen gewesen sei mitzumachen und daß schließlich ein einzelner doch nichts hätte ausrichten können. Unter dem gleichen Terror würden sich andere Völker genauso verhalten. Die Konzentrationslager seien eine englische Erfindung usw. Wir haben aber festgestellt, daß man die Menschen verhältnismäßig leicht zum Nachdenken bringen kann, wobei man nicht immer klar unterscheiden kann, ob es Nachdenken oder feiges Zurückziehen ist. Die Linkskreise empfinden die Bestrafung der Nazis als viel zu milde, und die Entfernung aus den Ämtern geht ihnen viel zu langsam. Die Bürgerlichen dagegen finden die Methoden grausam.

³² Vgl. hierzu oben S. 75

³³ Konnte nicht ermittelt werden.

Zur Frage: „Wir sind belogen worden“ stellten wir fest, daß die meisten, mit denen wir sprachen, die Siegeschancen meinten. Man hätte viel früher sehen müssen, daß „wir“ nicht siegen können und darum Schluß machen müssen. Manche meinen auch, daß man über die Verbrechen belogen worden sei. Wenn man geahnt hätte, welche Verbrechen die Regierung verübt hat, dann... Führt man dieses Gespräch weiter, so hört man unweigerlich, daß ein einzelner doch nichts habe tun können. Menschen, die bis zu einer kritischen Betrachtung der Ideologie vorgedrungen wären, haben wir unter ehemaligen Nazis, Mitläufern, etc. bisher nicht getroffen.

Wir besuchten hier die Schwester von Anna Siemsen, Frau Professor Eskuchen. Sie bat uns zu veranlassen, daß ihr Bruder, Rechtsanwalt Siemsen in Düsseldorf, Marshallstr. 39, ab und zu interessantes Material aus der Schweiz bekommt. Er war früher in der SAP und hat vielleicht noch Verbindung zu interessanten Leuten. Vielleicht wäre es gut, wenn René [Bertholet] und auch unsere Freunde in Bochum die Verbindung zu ihm aufnehmen. Frau Eskuchen sagte mir außerdem, ihr Bruder hätte ihr vor einiger Zeit geschrieben, er sei ganz zusammengebrochen und könne nichts mehr leisten, er liege nur immer hungrig im Bett. Vielleicht könnte man ihm auch Lebensmittelpakete aus der Schweiz schicken.

Wir bedauern es sehr, daß René bei seiner letzten Reise nicht nach Hamburg gekommen ist. Hoffentlich kommt er nun das nächste Mal her. Auch Frieda Arnold ist sehr traurig, daß er nicht kam, sie hatte tagelang gewartet und sich kaum aus dem Haus getraut. Sie wartet sehnüchtig auf die versprochene Schreibmaschine.

Lieschen Gabriely (Zobel) ist recht traurig, daß sie wegen ihrer Herzkrankheit so wenig tun kann, denn sobald sie sich anstrengt, bekommt sie Herzkrämpfe. Ich schlug ihr vor, Stenographie und Maschinenschreiben zu lernen, dann könnte sie uns helfen, ohne daß sie sich körperlich zu sehr anstrengt. Sie möchte das sehr gerne, hat aber keine Möglichkeit, Kurse zu besuchen, denn so etwas gibt es hier noch nicht wieder (es werden wohl auch die Schreibmaschinen dafür fehlen), außerdem wohnt sie in Sasel³⁴ und könnte, selbst wenn es etwas später wieder Kurse geben sollte, nicht immer in die Stadt kommen. Wäre es möglich, daß René uns noch eine Schreibmaschine mitbringt, auf der sie üben und bald manches für uns schreiben könnte?

Erna und Klaus Meyer aus Hamburg, September/Oktober 1945

ISK Box 64
maschinenschriftlich

*Fragebogen - Wirtschaft*³⁵

Zu 1) Es ist nicht gut, die Frage so zu beantworten. Die einzelnen Betriebsarten und die Voraussetzungen für ihren Betrieb sind zu verschieden. Die Lebensmittelbetriebe arbeiten fast alle, von den Metallbetrieben arbeiten wenige. Viele Betriebe haben, da in Hamburg nicht gekämpft wurde, nie aufgehört zu arbeiten. Die Belegschaften sind oft sehr vermindert.

³⁴ Stadtteil im Hamburger Norden.

³⁵ Der Wirtschaftsfragebogen ist hier abgedruckt S. . Der Bericht beginnt mit der Zeile „2 u. 3“ auf „Seite 3“, ohne daß die Fragen 2 und 3 beantwortet werden. Es ist möglich, daß sie auf den nicht auffindbaren Seiten 1 und 2 oder in einem eigenständigen Bericht beantwortet wurden.

Kohlen- und Rohstoffmangel sind die Hauptursache der Verminderung der Beschäftigten. Außerdem verlangt die Militärregierung eine ständig einsatzbereite Arbeiterschaft von 15.000 Mann für besondere Arbeiten (Aufräumarbeiten, dringende Hafenarbeiten usw.). Es werden Lebensmittel, Baubestandteile aller Art, Werkzeuge, Maschinen fabriziert. Außerdem werden Reparaturen aller Art ausgeführt. Bombengeschädigte Betriebe verwenden ihre Arbeiter für Wiederinstandsetzung und Aufräumarbeiten. Die Aufräumarbeiten, Bergung von Ziegelsteinen, Schrott etc. werden von Privatunternehmern durchgeführt. Das Rohmaterial der arbeitenden Betriebe ist zum größten Teil noch als Vorrat vorhanden gewesen. Zum Antrieb der Maschinen wird zum Teil elektrische Kraft verwendet, zum Teil Kohlen, die von den Engländern zur Verfügung gestellt werden. Einige Betriebe haben es sich organisiert, die erforderliche Kohle mit Lastwagen vom Ruhrgebiet heranzuholen. Der nächste Engpaß für die Betriebe wird der Mangel an Rohstoffen sein, sobald die Vorräte aufgebraucht sind. Aus Kohlenmangel können auch Gießereien nicht in Betrieb genommen werden. Bei der pharmazeutischen Industrie wird der Rückgang an Viehschlachtungen einen Engpaß ergeben.

Zu 4) Zum Teil bestehen die Betriebsleitungen noch aus denselben Leuten wie unter den Nazis. Sie sind auch noch zum großen Teil Nazis. Die Säuberung in der Wirtschaft geht sehr langsam vor sich. Die Betriebsleitungen haben es zum Teil durch alte, zum Teil durch neue Verbindungen verstanden, sich in ein gutes Einvernehmen mit den Engländern zu setzen, was z.B. den Gewerkschaften oft die Säuberung erschwert. Nazibetriebsleiter, die noch im Amt sind, werden nicht kontrolliert. Zum Teil sind die Betriebsleitungen aber auch durch neue Kräfte ersetzt, die sehr oft aus dem Betrieb selbst kommen und von dem Betriebsrat vorgeschlagen wurden, zum mindesten aber, wenn sie von außen kamen und vom Betriebsrat genehmigt wurden. In vielen Fällen konnten die Gewerkschaften erfolgreich in Fragen der Neubesetzung eingreifen. Wir halten es für gut, wenn irgendmöglich, d.h. wenn die fachliche Eignung vorhanden ist, Leute aus dem Betrieb selbst aufrücken zu lassen.

Zu 5) Die Militärregierung legte bisher den Hauptwert auf das fachliche Können der alten bzw. der neuen Betriebsleitung. In den Fällen, in denen man die Militärregierung überzeugen konnte, daß die alte Leitung verschwinden muß, steht sie auch gut zur neuen Leitung.

Zu 6) Rohstoffmangel und Treibstoffmangel.

Zu 7) Nein.

Zu 8) Wir haben bisher die Erfahrung gemacht, daß leicht zu beseitigende Engpässe auch schnell beseitigt werden. Die meisten Engpässe sind aber schwer zu beseitigen. Vor allem, soweit Lieferungen aus der russischen Zone nötig wären.

Zu 9) Bei den Kosten der normalen Lebenshaltung sind keine Inflationserscheinungen bemerkbar. Bei nichtbewirtschafteten Waren werden die Preise erhöht. Ebenso sind die Schwarzhandelspreise inflationistisch.

Zu 10) und 12) Der Schwarzhandel betrifft hier nur kleine Mengen. Mit dieser Einschränkung, die eine Folge der scharfen Bekämpfung des Schwarzhandels ist, beteiligen sich weitere Kreise daran. Der Schwarzhandel mit größeren Mengen eines Artikels spielt sich nur in engen Kreisen ab. Der Tauschhandel spielt eine sehr große Rolle, er ist weit verbreitet und bei vielen schon zu einer Art Manie geworden. Ein Teil des Tauschhandels (außer Lebensmittel und Genußmittel) ist ganz legal. Es gibt unzählige „Tauschzentralen“, in denen man Gegenstände aller Art tauschen kann.

Zu 11) Ja, es gibt feste Preise. Butter das Pfund RM 450.- bis 500.-. Zigaretten 3.- (deutsche), 4.- (englische) per Stück. Brot per kg RM 40,-.

Zu 13) Ja, viele entlassene Soldaten, vor allem mit größerer Familie, sind auf die Arbeit des Geldes wegen angewiesen. Im übrigen gibt es noch immer viele Menschen, die von ihren

- Ersparnissen leben. Sie laufen den ganzen Tag herum, um alles zu ergattern, was das Leben etwas besser gestalten läßt.
- Zu 14) Es gibt vereinzelt Menschen, die die Besatzungsmark höher bewerten als die Reichsmark. Auch die Tatsache, daß man Besatzungsmark wenig zu sehen bekommt, läßt vermuten, daß einzelne Menschen diese Mark hamstern. Der große Teil der Bevölkerung macht aber sicher keinen Unterschied.
- Zu 15) Die Banken funktionieren. Bei größeren Abhebungen muß man den Nachweis erbringen, wofür das Geld benötigt wird. Sonst gibt es keine Beschränkungen.
- Zu 16) Nein.
- Zu 17) Ja, aber schlechter als früher.
- Zu 18) Mengenmäßig ist die Milchlieferung gut. Qualitätsmäßig schlecht durch die schlechten Transportverhältnisse.
- Zu 19) Es gibt keine Druckmittel. Zum Teil werden die Behörden des Reichsnährstandes ihre Tätigkeit fortsetzen. Man hofft, daß bald eine Besserung der Ablieferung eintreten kann.
- Zu 20) Ja, mit Arbeitskräften etc. Aber die Organisation funktioniert noch sehr schlecht.
- Zu 21) Es gibt Landwirte, die einen Teil ihrer Ware dem Schwarzen Markt anbieten.
- Zu 22) Ja, vor allem in der Lebensmittelbranche.
- Zu 23) Ja, Vasen, Aschenbecher, Postkarten, Bilder, Kunstgegenstände usw.
- Zu 24) Ja.

Herzliche Grüße
Erna und Klaus Meyer

Erna und Klaus Meyer aus Hamburg an Willi Eichler, 2.10.1945

ISK Box 61
maschinenschriftlich

Bericht Nummer 4

Lieber Willi,

In der Anlage senden wir Dir einen Briefwechsel.³⁶ Ein Unternehmer, Nazi, der die Befürchtung hat, daß Schritte gegen ihn unternommen werden, versuchte, sich Entlastungsunterlagen zu beschaffen. Unser Freund Heinz, der der Empfänger des Briefes war, hat ihm die entsprechende Antwort erteilt. Im allgemeinen versuchen die Nazis, sich untereinander zu helfen, indem sie sich gegenseitig bescheinigen, daß sie keine Nazis waren und sich immer einwandfrei verhalten haben.

Das Finanzamt Hamburg-Nord versendet heute noch seine Formulare mit dem aufgedruckten Hakenkreuz. Gestern sah ich gegenüber dem Bahnhof Reinbek bei Hamburg eine große Orientierungstafel. Als erstes stand dort noch mit Hakenkreuz die Anschrift der Nazi-partei und ebenfalls mit Hakenkreuz die Anschrift der Arbeitsfront. Ich war empört, daß von den hundert Menschen, die dort täglich vorbeigehen, noch niemand Mittel gefunden hatten, um das auszulöschen. Im Bahnhof war aber gerade ein Maler beschäftigt, der mir Pinsel und Farbe lieh, und so konnte ich die Aufschriften überstreichen. Die Gesichter der zahlrei-

³⁶ Konnte nicht ermittelt werden.

chen Zuschauer waren verschieden. Einige freuten sich sichtbar, andere machten ein wütendes Gesicht.

Wie es sich auswirkt, daß die Behörden noch mit Nazis durchsetzt sind, möge folgendes Beispiel zeigen.

Ein Freund von uns in Langenhorn hat festgestellt, daß dort ein 7000 qm großes Stück Land von der Stadt Hamburg an eine Nazifamilie verpachtet ist. Das Land wird äußerst mangelhaft bewirtschaftet. Der Mann der Pächtersfamilie gehört seit 1929 der SA an und ist als übler Radaubruder bekannt. Unser Freund stellte am 3. August mit genauen Unterlagen den Antrag, daß das Land zur **intensiven** Bewirtschaftung an politisch einwandfreie Personen verpachtet werden möge. Am 26. September erhält er von der Verwaltung der Stadt Hamburg, Liegenschaftsverwaltung (410-445-196/4), folgende Antwort:

„Auf Ihre obige Zuschrift wird mitgeteilt, daß die Kreisbauernschaft Hamburg die Erhaltung des jetzigen Betriebes befürwortet hat. Da Frau Schmidt laut Erbschein des Amtsgerichts Hamburg vom 16.10.41 als Alleinerbin des Herrn Forth eingesetzt worden ist, ist eine Kündigung des Pachtvertrages nicht möglich. gezeichnet: Stadtinspektor Dennetz.“

Herzliche Grüße

**Emmi und Hellmut Kalbitzer aus Hamburg an Willi Eichler,
3.10.1945**

ISK Box 61
maschinenschriftlich

Lieber Willi!

Ich übersandte Dir einen Brief des englischen Presseoffiziers³⁷, worin Dir mitgeteilt wurde, daß man sich über die Zeitschriftenangelegenheiten mit Dir unterhalten wolle, wenn Du wieder in Hamburg seiest. Falls Du nicht in Kürze hierher kommst, schlage ich vor, daß Du mir schriftlich Instruktionen gibst und mich mit diesem Brief bevollmächtigst, die Unterhaltung mit dem englischen Presseoffizier zu führen, denn wenn die Zeitschrift ab 1.1. laufen soll, muß jetzt mit den Vorbereitungen ernstlich begonnen werden.

Der Hamburger SP-Genosse Tessloff (früher SP-Redakteur in Harburg), mit dem wir uns sehr freundschaftlich stehen, erzählte mir heute, daß er die Absicht habe, eine 14tägige politische und kulturkritische Zeitschrift herauszugeben, die parteipolitisch unabhängig sei. Ich habe von Deinem Plan noch nicht gesprochen. Du siehst jedenfalls, auch andere verfolgen die gleichen Pläne.

Die SP hat Freitag/Sonnabend die erste Konferenz in Hannover unter Leitung von Schumacher.³⁸ Ich bin dazu jetzt noch als Gast mit eingeladen und werde Dir von dem Verlauf nächste Woche berichten.

Die SP-Hamburg gibt seit einigen Wochen ein wöchentliches Mitteilungsblatt heraus.³⁹ Ich habe dafür mehrere Aufsätze geschrieben, und es wäre gut, wenn Du und andere Genossen (außer dem Pressebulletin) kurze aktuelle Artikel nach hier senden könntet.

³⁷ Konnte nicht ermittelt werden.

³⁸ Zur SPD-Konferenz von Wennigsen vgl. oben S. 101

³⁹ Gemeint ist das „Mitteilungsblatt der Sozialdemokratischen Partei der Hansestadt Hamburg“, das ab dem 4. Jahrgang umbenannt wurde in „Der Sozialist“. Christier, Sozialdemokratie, S. 344.

Die Partei ist augenblicklich mit rein organisatorischen Aufgaben, mit dem inneren Aufbau beschäftigt und kaum zu einer Arbeit nach außen imstande.

Nach meiner Beurteilung ist die Haltung der meisten Parteifunktionäre und Genossen durchaus links gerichtet. Damit meine ich: Die meisten Genossen, sowohl die Funktionäre als auch die Mitglieder, sind für ein Zusammengehen mit den Kommunisten (und für eine Zurückstellung des russischen Problems aus taktischen Gründen, um eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten nicht von vornherein zu belasten, und für eine Erneuerung der politischen Haltung der Parteien in der Richtung, daß man sich energischer für die Ziele der Partei einsetzen soll als 1933.

Trotzdem bemühen sich natürlich auch die Leute, die die Linie von vor 1933 beibehalten möchten, Einfluß zu gewinnen. So ist es jetzt geschehen, daß ein früherer politischer Redakteur des Hamburger „Echo“ die Presse- und Propagandaleitung der SP bekommen hat (Hans Richter), ein Mann, der aus diesen zwölf Jahren überhaupt keine Lehren gezogen hat und heute in der Partei keinerlei Resonanz für seine Ansichten findet. Wir bemühen uns, ihm dieses Amt wieder abzunehmen. Er ist vorgesehen für die Mitarbeit an der demnächst erscheinenden Zeitung, an der alle politischen Richtungen mitarbeiten sollen. Ich hoffe, bald mitteilen zu können, daß es gelungen ist, Tessloff, der dafür vorgesehen ist, für dieses Amt zu bekommen. Das wäre ein großes Plus für unsere Linie.

Herzliche Grüße
Emmi und Hellmut

Erna und Klaus Meyer aus Hamburg an Willi Eichler, 24.10.1945

ISK Box 61
maschinenschriftlich

Bericht Nummer 5

Lieber Willi,

Du hast bei Deinem Aufenthalt bei uns⁴⁰ selbst gesehen, daß es viel Kraft braucht, um all die Kleinigkeiten des täglichen Lebens hier zu tun. Aber es ist nichts im Vergleich zu den Anstrengungen, die im politischen Leben nötig sind. Rein äußerlich gesehen, scheinen sich im politischen Leben Fortschritte und Erleichterungen auch anzubahnen. Aber ich glaube, daß es in Wirklichkeit anders ist.

Vor uns liegt das Gesetz Nr.8 der amerikanischen Militärregierung⁴¹ und die erste Ausführungsverordnung zu diesem Gesetz. Das Gesetz enthält das Verbot der Beschäftigung von Mitgliedern der NSDAP in der gesamten Wirtschaft und Verwaltung mit Ausnahme von Dienstleistungen als gewöhnlicher Arbeiter.

Wir verstehen und begrüßen dieses Gesetz in seiner vollen Tragweite, obwohl es uns klar ist, daß in der ersten Zeit hieraus mannigfache neue Schwierigkeiten entstehen können. Aber wir glauben, daß diese tiefgreifende Operation Voraussetzung für jeden Wiederaufbau ist.

⁴⁰ Zu Eichlers Aufenthalt in Hamburg vgl. auch seinen Bericht („Die Lage in Deutschland“) vom 22.10.1945, hier abgedruckt S. 96

⁴¹ Zum Gesetz Nr.8 vom 26.9.1945 vgl. Niethammer, Entnazifizierung, S. 240-248.

Wie weit entfernt sind die Verhältnisse in der größten Stadt der britischen Besatzungszone, in Hamburg. In den ersten Monaten konnte man es ja noch verstehen, daß übereilte Entschlüsse und Maßnahmen in bezug auf die Ausschaltung der Nazis der Militärregierung unangenehm waren, daß diese „zögernde“ Haltung der Engländer vielleicht ein Gebot der Klugheit war. Aber die Entwicklung der Dinge macht es uns immer schwerer glauben, daß nur Erwägungen der Klugheit für diese Entwicklung maßgebend sind. Wir haben schon in unseren früheren Berichten an einzelnen Beispielen gezeigt, wie sicher sich die Nazis noch in ihren Positionen fühlen und wie hemmend es sich für den Wiederaufbau auswirkt, daß diese Nazis in Positionen sich untereinander helfen und ihre plumpe Propaganda betreiben. Leider zeigt aber die Entwicklung, daß es sich nicht um Einzelbeispiele handelt, sondern um eine Gesamterscheinung. Der Leiter der Kriminalpolizei hat sich energisch gegen die Nazis eingesetzt. Er wurde abgesetzt. Das Amt für Staatssicherheit⁴², das mit zuverlässigen Antifaschisten besetzt war, wurde ab 25. Oktober aufgehoben. Dieses Amt hatte unter anderem Gestapospitzel zur Anzeige gebracht. Es handelt sich z.B. um Leute, die ihre Nachbarn wegen Abhörens ausländischer Sender denunziert hatten. Die Opfer dieser Denunziation kamen in Konzentrationslager. Einer kam nach Auschwitz und wurde dort vergast. Aber die Gestapospitzel werden vom englischen Militärgericht freigesprochen mit der Begründung, daß sie nach den damaligen Gesetzen keine strafbare Tat begangen haben und daß sie nicht hätten voraussehen können, daß ihre Opfer vergast würden. Einem zuverlässigen Antifaschisten wurde von dem neuen Leiter der Kripo, der von den Engländern eingesetzt wurde, nahegelegt, sich weniger mit der Überwachung von Nazis zu beschäftigen, sondern Antifaschisten zu überwachen.

Es kommt immer wieder vor, daß Nazis aus Behördenstellungen entlassen werden und kurz darauf in anderen Behördenstellungen wieder eingestellt werden. Genauso schlimm ist es aber, daß Nazis überhaupt nicht entlassen werden und daß eine solche Personalpolitik von der höchsten deutschen Verwaltung in Hamburg gedeckt und gebilligt wird. Wir möchten nur auf den Nazi Martini hinweisen, der trotz aller Proteste der Antifaschisten noch immer Senator und Leiter der Sozialverwaltung ist. Genauso übel wirkt es sich aus, daß die Nazis nach wie vor in leitenden Stellungen der Wirtschaft sitzen. An der Ausladung und Spedition des von den Engländern nach Hamburg gelieferten Getreides sind fast ausschließlich Firmen beteiligt, deren Inhaber und Leiter Nazis waren. Wir können die Duldung solcher Zustände durch die Engländer einfach nicht verstehen. Überall hört man die Nazi-propaganda, die sich das Elend und die Not zunutze macht und die Besatzungsmächte dafür verantwortlich macht. Es wäre so dringend nötig, daß den Antifaschisten Möglichkeiten, dieser Propaganda entgegenzutreten, in größerem Umfange gegeben werden. Warum ist es nur in dem benachbarten Bremen möglich, daß dort seit mehreren Wochen eine von Deutschen redigierte Zeitung erscheint?⁴³ Jeder kann sich überzeugen, wie wirksam die Propaganda in dieser Zeitung gegen die Nazis ist. Die Antinazis hier können es nicht verstehen, daß in der amerikanischen Zone schärfer gegen die Nazis vorgegangen wird als in der von England besetzten Zone. Sie können es besonders nicht verstehen, weil England eine Labour-Regierung hat, und sie würden es besser verstehen, wenn die englische Militärregierung sie im Kampf gegen die Nazis unterstützen und die nötigen Freiheiten dafür zur Verfügung stellen würde. Diese Einwände gelten auch für die Tätigkeit der Gewerkschaften, die in der amerikanischen Zone zu aktiver Mitarbeit herangezogen werden. Die Ausführungsbestimmungen zu dem am Eingang er-

⁴² Gemeint ist der sogenannte „Sicherheitsdienst“, der am 25.10.1945 aufgelöst wurde. Weitere Informationen sind dem Staatsarchiv Hamburg nicht bekannt, da keine Unterlagen des Sicherheitsdienstes an dieses Archiv gelangt sind. Schriftliche Auskunft des Staatsarchiv Hamburg vom 21.5.1991.

⁴³ Gemeint ist der seit dem 19.9.1945 erscheinende Weser-Kurier. Vgl. hierzu Brandt, Antifaschismus, S. 424.

wählten Militärgesetz Nr.8 besagen, daß die Gewerkschaften als Kontrollorgan für die Durchführung dieses Gesetzes in den Betrieben verantwortlich sind.

General Eisenhower erklärte auf einer Pressekonferenz in Frankfurt, daß er wisse, daß die Amerikaner Fehler machen könnten und daß er darum konstruktive Kritik wünsche. Wie gut wäre es, eine solche Erklärung auch in der britischen Zone zu veröffentlichen. Es würde eine gesündere und vertrauensvollere Atmosphäre schaffen.

Herzliche Grüße
Klaus und Erna

Erna und Klaus Meyer aus Hamburg, 17.12.1945⁴⁴

ISK Box 63
maschinenschriftlich

Betrachtungen eines Bezirksführers der neuerstandenen SPD

Über das Geschehen im jungen Leben der Hamburger SPD sind schon manche Berichte ins Ausland gekommen. Wir wollen darum heute etwas vom Alltagsleben, vom Erleben des kleinen Funktionärs, berichten.

Während mehrerer Monate waren auch in Hamburg nur Arbeiten, die der künftigen Organisation dienen, gestattet. Der organisatorische Aufbau ging äußerlich dort weiter, wo er 1933 aufgehört hatte. Es wurden Bezirke gebildet, die sich im Distrikt zusammenschlossen, die Distrikte organisierten sich im Kreis, und das Haupt von allen war der Vorläufige Parteivorstand der Landesorganisation Hamburg. Es waren nur wenige, die zu den ersten Versammlungen kamen. Die Werbearbeit war mühselig, die Funktionäre mußten von Haus zu Haus, um alte Freunde vom neu erwachten Leben der Partei zu unterrichten, und viele der alten Freunde waren noch nicht zurückgekehrt. Sie befanden sich noch in Kriegsgefangenschaft, in anderen Zonen oder als Ausgebombte außerhalb Hamburgs. Auch nach der Legalisierung der Partei, mit der viele Erleichterungen der Werbung verbunden waren, kam nicht der große Zustrom, mit dem mancher der Genossen gerechnet hatte. Wohl konnten Handzettel gedruckt werden, und große Plakate forderten zu den ersten Kundgebungen auf. Diese Kundgebungen waren gut besucht. Bei einer in unserem Distrikt waren 1000 Menschen gekommen, bei einer anderen in unserem Kreis 2500. Die alten Genossen überwogen bei diesen Kundgebungen. Junge Menschen gibt es wenige, und die wenigen haben nur selten bisher den Weg zur SPD gefunden. Das spürt man vor allem in den Versammlungen der Funktionäre. Hier fehlt der Nachwuchs, der früher aus der SAJ⁴⁵ kam. Das ist eine große Sorge in der neuen Partei.

Die Alten wollen kein Privileg für sich, sondern sie suchen die Jugend. Darum fassen wir die jungen Mitglieder zu besonderen Schulungsarbeiten zusammen. Die jungen Sozialdemokraten sollen alle Möglichkeiten haben, aktiv am Leben der Partei teilzunehmen. Sie sollen nicht, wie früher, in Opposition zu den Alten stehen, sondern Gelegenheit haben, Verantwortung zu übernehmen. Das sagte Genosse Kriedemann, die rechte Hand von Genosse Schumacher, als er kürzlich zu den jungen Sozialdemokraten in Hamburg sprach. Aber es ist unend-

⁴⁴ Handschriftlicher Zusatz: „für Zürich“.

⁴⁵ Vgl. hierzu oben S. 54

lich schwer, diese jungen Menschen für Politik zu interessieren. Damit meinen wir die ganz jungen in der Arbeiterjugend, die lieber tanzen und Fahrten machen, oder jene, die überhaupt nicht organisiert sind. Die jungen Parteimitglieder dagegen sind außerordentlich interessiert. Viele sind maßlos enttäuscht über den Zusammenbruch der nazistischen Politik, und sie sind nur zu leicht geneigt, daraus den Schluß zu ziehen, daß Politik an sich schlecht sei. Man muß lange und eindringlich mit ihnen sprechen, um sie davon zu überzeugen, daß es wichtig ist nachzudenken und sich zu überlegen, was man tun muß, um die Wiederholung so großen Unheils zu verhindern. Aber auch die Arbeit mit den älteren Genossen ist nicht einfach. Manche sind aus einem Dornröschenschlaf erwacht und wollen nun dort wieder anfangen, wo sie vor zwölf Jahren aufgehört haben. Sie sehen zwar die Not, aber ihre Initiative langt oft nur dazu zu kritisieren, was von Behörden anders oder besser gemacht werden sollte. Selber etwas zu planen und auszuführen, dazu reicht es selten. Sie hören, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft die Einheitsfront wünscht. Aber sie sehen die Möglichkeit der Einheit nur darin, daß die Kommunisten in die Sozialdemokratische Partei eintreten.

Gewiß ist die Zusammenarbeit mit den Kommunisten schwierig. Aber oft ist es das Mißtrauen unserer SP-Genossen, das sicherlich manchmal berechtigt ist, ein zu großes Hindernis für Zusammenarbeit in praktischen Fragen. Die Kommunisten selber wünschen heute diese Zusammenarbeit, und ihre Genossen entfalten große Aktivität auf allen Gebieten der praktischen Hilfe. Die Kommunisten haben Aktionsausschüsse gegründet, in denen hauptsächlich Frauen tätig sind. Sie kümmern sich um die Einrichtung von Wärmehallen, Essensausgabestellen, Nähstuben, richten Appelle an die Behörden, besser für Kinderschuhe zu sorgen etc. Sie verpuffen dabei zwar ziemlich viel Kraft, weil sie sich bisher kaum darum gekümmert haben, was von anderer Seite bereits organisiert wurde, sind aber dann auch wieder dank ihrer Initiative erfolgreich. Sie betonen dabei sehr, daß die Politik in der Hilfsarbeit vollständig ausscheiden müsse, auch Kinder von Nazis dürfe man nicht im Stich lassen, wenn sie in Not sind (was ja auch richtig ist). An besondere Aktionen von Genossen für Genossen denken sie vorläufig nicht, sie wollen der Allgemeinheit helfen. Die anderen Hilfsorganisationen, nämlich die Arbeiterwohlfahrt, das Evangelische Hilfswerk, die Caritas und das Rote Kreuz sind in der „Deutschen Hilfsgemeinschaft“ zusammengeschlossen.⁴⁶ Die Deutsche Hilfsgemeinschaft soll Sammlungen zugunsten der Bevölkerung durchführen, sich um Massenspeisungen und Wärmehallen kümmern. Als sich daher die kommunistischen Genossen mit der Bitte um Zusammenarbeit in diesen Fragen an uns wandten, machten wir ihnen den Vorschlag, ebenfalls in die Deutsche Hilfsgemeinschaft einzutreten. Sie sind auf unseren Vorschlag eingegangen und außerdem bereit, bei besonderen Aktionen für unsere und ihre Genossen mit uns zusammenzuarbeiten. So wollen wir eine Holzschlagaktion machen für die Genossen, an der sich die FDJ und die Arbeiterjugend beteiligen soll.

Der Initiative der kommunistischen Frauen ist es zu verdanken, daß jetzt bereits Kinderwärmehäuser in Betrieb genommen werden können. Die Frauen haben sich auch darum gekümmert, daß die Kinder vom Gesundheitsamt einen Zuschuß an Milch und Nahrungsmitteln bekommen.⁴⁷ Wir rechnen damit, daß die Deutsche Hilfsgemeinschaft durch den Beitritt der Kommunisten aktiviert wird, wie sich auch bereits das Beispiel der kommunistischen Frauen

⁴⁶ Im November 1945 rief der Oberpräsident und spätere Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Theodor Steltzer (CDU), zur Schaffung einer „Deutsche Hilfsgemeinschaft e.V.“ auf, um die Not der Nachkriegszeit zu lindern. Diese Hilfsgemeinschaft arbeitete zunächst unter dem Namen „Notgemeinschaft Schleswig-Holstein“ und seit 1949/50 als „Hilfsgemeinschaft Schleswig-Holstein“. Sie stellte 1959 ihre Arbeit ein. In der Notgemeinschaft waren Behörden, freie Wohlfahrtsverbände, IHK, Gewerkschaften u.a. Institutionen zusammengeschlossen. Vgl. hierzu Stüber, Kampf, S. 469f.

⁴⁷ Gestrichen: „Die Deutsche Hilfsgemeinschaft ist mit solchen Vorbereitungen viel weiter im Rückstand.“

wohltuend auf die Aktivität der Mitarbeiter der Arbeiterwohlfahrt ausgewirkt hat.⁴⁸ Die Mitarbeiter der Arbeiterwohlfahrt denken noch zu sehr an die Art der Arbeit vor 1933. Sie geben sich mit dem zufrieden, was vom Staat aus geschieht, und sind nur darauf aus, die Positionen wiederzubekommen, die sie vorher hatten. Wir haben schließlich in unserem Bezirk die Selbsthilfe von unten organisiert und alle Genossen gefragt, wo sie Hilfe brauchen und wo sie wiederum Hilfe geben können. Erst als wir ihnen sehr eindringlich klar machten, wie sich die Initiative der kommunistischen Frauen auswirkt und welches politische Kapital sie daraus schlagen können, fanden sich einige Frauen, die nun auch losgehen wollen, um geeignete Räume für Wärmehallen etc. zu suchen. Allerdings sagte uns die Leiterin des Aktionsausschusses kommunistischer Frauen in unserem Bezirk, daß es auch bei ihnen selbst nur sehr wenige aktive Frauen gebe, die anderen seien zwar immer da, wenn es etwas zu holen gebe, aber sie geben nicht einmal gerne ihre Unterschrift für eine Initiative. In den verschiedenen Bezirken der Stadt wurden Weihnachtsfeiern für Kinder organisiert, wieder auf Initiative der Kommunisten. Die Kommunisten haben sich an Geschäftsleute mit der Bitte um Spenden gewandt und haben ganz erhebliche Sachspenden bekommen. Auch das Komitee ehemaliger politischer Häftlinge⁴⁹ konnte schon Zuwendungen für die Feiern machen.⁵⁰ Bei den Vorbereitungen für diese Feiern entwickelte sich eine ganz erfreuliche Hilfsbereitschaft der Genossen. In Billstedt haben Genossen in Betrieben in ihrer Freizeit aus Abfällen Spielzeug gebastelt und für Ausgebombte Hausrat hergestellt.

Die Kinderfreunde⁵¹ haben hier in Elmsbüttel außerdem ihre besondere Weihnachtsfeier. Es werden ca. 400-500 Kinder teilnehmen. Die Helfer haben vorher mit den Kindern Spielzeug gebastelt. Vertreter der FDJ, der KP und SP sind zu der Feier eingeladen. Die Kinderfreunde haben sich dagegen bereit erklärt, auf der gemeinsamen Kinderweihnachtsfeier Märchen zu tanzen.

In Langenhorn findet eine gemeinsame Weihnachtsfeier der SP, KP, Arbeiterjugend und FDJ statt.

Vier Jugendwohnheime, deren Leiter Genossen sind, veranstalten Weihnachtsfeiern, zu denen sie von der Arbeiterwohlfahrt Kuchen bekommen.

Einen schönen Gedanken hatten die Genossen von der Arbeiterwohlfahrt in Bergedorf. Sie haben Karten gedruckt, mit denen sich Leute verpflichten können, an einem der Weihnachtsfeiertage einen Verwundeten aus dem Bergedorfer Lazarett aufzunehmen. Die Karten wurden mit der Unterschrift der Arbeiterwohlfahrt vor allen Kinos, in Geschäften und Wohnhäusern verteilt. Mit dieser Aktion wurde erreicht, daß alle Insassen des Lazaretts in irgendeiner Familie eingeladen worden sind. Außerdem wurde die Arbeiterwohlfahrt dadurch bekannt.

⁴⁸ Gestrichen: „In den SP-Kreisen haben wir viel trommeln müssen, um Aktivität und Hilfsbereitschaft zu wecken.“

⁴⁹ Vgl. hierzu oben S. 501

⁵⁰ Gestrichen: „Die Feiern werden überall gemeinsam für eine bestimmte Zahl von SP- und KP-Kindern und darüber hinaus für Kinder von Unpolitischen organisiert, die Vorbereitungen werden auf recht korrekte Art gemeinam getroffen.“

⁵¹ Vgl. hierzu oben S. 146

Emmi Kalbitzer, Meine Eindrücke über den Stand der „Arbeiter-Jugend“ in Hamburg, 2.1.1946

NL Eichler,
ISK Korr Gru-Kap
maschinenschriftlich

Sofort nach dem Zusammenbruch wurde die „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) in Hamburg gegründet. KP-Leute ergriffen die Initiative hierzu. Sie gewannen dafür viele Jugendliche, die von den Roten Falken⁵² und der SAJ⁵³ herkamen (SP-Organisationen von vor 1933), und die Stimmung war zuerst für eine Zusammenarbeit, für eine einheitliche Jugendorganisation der Linken.

Wir versuchten dann, die Verhandlungen zur Zusammenarbeit so zu beeinflussen, daß man den durch das Komitee „Freies Deutschland“ belasteten Namen FDJ fallen lassen und eine gemeinsame Jugendarbeit unter einem anderen Namen beginnen solle.

Doch erwies es sich als unmöglich, die FDJ zu einem solchen Zugeständnis zu bewegen. Zwar wollte man gern zusammenarbeiten, doch nur mit den schon aufgestellten Grundsätzen: politische und religiöse Neutralität.

Daraufhin wurde der Arbeiterjugend-Verband gegründet (Richtlinien anbei⁵⁴).

In den Richtlinien heißt es unter 4: „Der Arbeiterjugend-Verband lehnt jede Bindung an eine Partei oder an eine weltanschauliche oder konfessionelle Organisation ab.“

Doch ist in jedem Parteidistrikt ein SP-Genosse für die Arbeit des Arbeiterjugend-Verbandes verantwortlich, d.h. der Arbeiterjugend-Verband ist in Hamburg tatsächlich eine Unterorganisation der SP. Allerdings sind die Jugendfunktionäre und die meisten sozialdemokratischen Parteiorgane der Ansicht, daß die Jugendlichen sich parteipolitisch noch nicht binden können, sondern daß es dazu notwendig ist, daß ihre Urteilsfähigkeit gebildet wird. Es müssen erst einmal ganz allgemeine demokratische Ideale wie Völkerverständigung und Duldsamkeit gegenüber Andersdenkenden verständlich gemacht werden.

Seit ca. drei Monaten bestehen also Arbeiterjugend-Gruppen in den verschiedenen Stadtbezirken. Die Bedingungen für die Jugendarbeit sind sehr unterschiedlich; die Zusammensetzung dem Alter nach (z.B. gibt es Gruppen mit überwiegend 14-18jährigen und andere mit überwiegend 18-22jährigen), und demzufolge ist die Art der Veranstaltungen sehr verschieden. In Elmsbüttel, einem dicht bevölkerten Arbeiterstadtteil z.B., gibt es eine große Gruppe in enger Verbindung mit den Arbeitersportverbänden. Dort wird viel Volkstanz gemacht.

Im Stadtteil Altona mit Vororten (ca. 170.000 Einwohner) gibt es ungefähr 100-120 im Arbeiterjugend-Verband zusammengeschlossene Jugendliche. Die Jugendfunktionäre sind meist frühere SAJ-Leute zwischen 32 und 40 Jahren, die versuchen, das ihnen bekannte Gruppenleben (Heimabende, Singen, Spiele, Wandern) wieder aufzubauen. Sehr viel Mühe gibt man sich, um die Jugendlichen für den Volkstanz zu gewinnen. Über neue Wege in der Jugendarbeit, die für die veränderten Verhältnisse doch notwendig wären, gibt es nicht viel neue Gedanken.

Die Gruppe hier in Blankenese, die ich aufbaue, besteht zum größten Teil aus 20-22jährigen, die ernsthaft interessiert sind. Wir kommen wöchentlich einmal zusammen, lesen und singen. Es kommt oft zu Unterhaltungen über Tagesfragen, wo auch fast alle mitmachen und ihre Meinung sagen. Der Politik stehen sie sehr skeptisch gegenüber. Kürzlich wurde unser

⁵² Vgl. hierzu oben S. 486

⁵³ Vgl. hierzu oben S. 54

⁵⁴ Die Richtlinien des Arbeiterjugend-Verbandes, Landesorganisation Hamburg befinden sich im NL Eichler ISK Korr Gru-Kap.

Name „Arbeiterjugend-Verband“ sehr angegriffen. Tatsächlich ist es so, daß in unserer Gruppe nur Angestellte und Schüler sind. Das, was der Name den Älteren [sagt], die die SAJ kennen, fehlt den Jüngeren völlig, und ihnen erscheint dieser Name ziemlich unbegründet. Ich würde „Sozialistische Jugend“ besser finden, auf Jugendliche würde dieser Name aber vielleicht noch weniger anziehend wirken, weil er politisch ist. Doch würde er wenigstens eine Richtung eindeutig ausdrücken. Von den Funktionären wird behauptet, daß ein solcher Name von den Engländern nie genehmigt würde, weil eine politische Beeinflussung der Jugend durchaus unerwünscht sei.

Es scheint mir fast, als ob es besser wäre, einen Namen zu finden, der den Rahmen erst einmal weiter zieht und sich also noch nicht auf sozialistische Arbeit festlegt, denn bevor man mit sozialistischer Erziehung beginnen kann, muß viel Vorarbeit getan werden. Dazu fehlt es an Material.

Dann kommt die zweite, schwierige Aufgabe: Die Jugendlichen sollen erkennen, daß es beim Aufbau des neuen Staatslebens auf ihre Mithilfe ankommt. Wir versuchen, die Jugendlichen zu mobilisieren als Hilfe für die Wärmehallen, als Hilfe bei der Hilfswerkarbeit (Essen austeilen u.a.), als Hilfe in der Freizeitgestaltung in Lehrlingswohnheimen usw.

Ich habe die Erfahrung gemacht, daß es sehr schwer ist, derartiges zu erreichen. Die meisten fühlen sich - nach diesen Kriegsjahren - berechtigt, ihr Leben möglichst zu genießen. Die Ernsthaften wollen lernen, und das ist ja nach allem, was sie zu lernen versäumt haben, notwendig. Zu solchen praktischen Dingen, zu denen überdies auch eine Überzeugung gehört, sind sie sehr schwer schon zu gewinnen. Trotzdem ist es nach meiner Ansicht ausgezeichnet, daß von der Leitung aus diese Richtung der praktischen Arbeit eingeschlagen wird. Dadurch wird dem Nur-Reden entgegengewirkt und klargemacht, wie schwer die Tagesaufgaben sind und wie leicht es ist, wie üblich nur zu kritisieren.

Es ist schwer, Leute zu gewinnen, schwer, an die Jugendlichen heranzukommen. Dazu kommt, daß man meist nur ungeheizte Räume hat, daß die meisten Jugendlichen mit Sorgen müssen für Holz und allerlei häusliche Notwendigkeiten. Eine offizielle Möglichkeit zur Propaganda gibt es nicht. Andererseits fehlt es auch an Kräften, die einen großen Andrang bewältigen könnten, denn wir alle müssen erst lernen, wie man jetzt arbeiten kann, auch wir, die wir die Jugendarbeit machen, müssen von vorn anfangen.

Es fehlt natürlich völlig an Literatur, und zwar müßte es nicht ausgesprochen politische Literatur sein, sondern mehr fehlt eine weltanschauliche. Man muß den Jugendlichen z.B. zeigen, daß eine internationale Verständigung und Zusammenarbeit möglich ist, und man muß Beispiele von praktischer Arbeit in dieser Richtung bekanntmachen.

Hellmut Kalbitzer aus Hamburg an Willi Eichler, 5.3.1946

NL Eichler,
ISK Korr Gru-Kap
maschinenschriftlich

Lieber Willi!

Betrifft Unterhaltung mit Mr. Elbiot, Leiter der politischen Abteilung der britischen Kontrollkommission.

Mr. Elbiot (oder wie er sich sonst schreiben mag) war gestern in Hamburg. Er unterhielt sich mit vier Mann von der SPD, wobei er mich namentlich eingeladen hatte.

Es kam eine gute Unterhaltung zustande, d.h. weder hielt er uns einen Vortrag, noch fragte er uns aus, sondern er gab, wie wir, offen seine Stellung bekannt.

Die Unterhaltung drehte sich immer wieder um die Ernährung, denn es ist jetzt so, man kann nur politisieren, wenn man vorher diese Frage löst, wenigstens soweit wie sie bis zur vorigen Ernährungsperiode gelöst war. Es ist die Erfahrung der letzten Tage, man kann keinen Vortrag halten, keine politische Unterhaltung führen, weder mit Genossen noch mit Andersdenkenden, ohne hierüber deutlich seine Meinung zu sagen.

Mr. Elbiot äußerte sich hierzu abschließend:

1. Die Engländer sind hierin im Grunde ebenso abhängig wie die Deutschen. Wenn es in der Macht der Engländer stünde, würde es nicht zu diesen unerträglichen Kürzungen kommen.
2. Er sei nach Deutschland gekommen, um hier ein vernünftiges politisches Leben zu unterstützen. Aber er sehe ein, die einfachsten wirtschaftlichen Fragen müßten vorher gelöst werden, sonst sei seine und unsere Arbeit zur Erfolglosigkeit verurteilt.

Mr. Elbiot fragte weiter, ob nicht doch jetzt schon eine politische Arbeit unternommen werden könne. (Diese Frage stellte er an mich persönlich, wie er überhaupt über uns gut orientiert war und z.B. auch auf Kubel und auf unsere in England gemachten Arbeiten Bezug nahm).

Ich antwortete:

Die Denazifizierung der Wirtschaft laufe ja jetzt an, über das Ergebnis könne man noch nichts sagen. Aber es komme darauf an, nicht statt des belasteten Nazis jetzt einen unbelasteten Unternehmer in das Unternehmen zu stecken, sondern die Wirtschaft umzuformen. Z.B. die Banken zu verstaatlichen, und was wichtiger sei, zu organisieren, daß die künftige Kreditlenkung beim Aufbau der Wirtschaft nicht nach privatkapitalistischen Gesichtspunkten durchgeführt werde. Mr. Elbiot meinte, dazu sei es wegen der noch unklaren wirtschaftlichen Zukunft noch etwas verfrüht. Ich nannte dann, daß aber auf jeden Fall die Bodenreform jetzt in Angriff genommen werden könne. Dieses interessierte ihn sehr! Er meinte jedoch, in der britischen Zone gebe es gar keinen Großgrundbesitz mehr. Als er darüber aufgeklärt wurde, bat er, man möge ihm Material über den Großgrundbesitz im Westen geben.

Deshalb bitte ich auch Dich, mir darüber Material zu geben bzw. Quellen anzugeben. (Personen, an die ich mich wenden kann oder Schriften, in denen ich nachlesen kann.)

Anliegend Material⁵⁵:

Ein neuer Aufsatz von Heydorn vom 25.2.46, vergleiche mein Schreiben vom 25.2.46.

Ein Aufsatz Wagner aus dem vorigen Jahre „Strukturwandlungen“, vergleiche mein Schreiben vom 25.2.46.⁵⁶

Durch Klaus Meyer, zu Deiner Orientierung, DAG-Post vom 22.2.; SPD-Propagandamaterial aus Schleswig-Holstein, Rede Arp und Referentenmaterial Nr.1.

Herzlichen Gruß
Hellmut

Nachschrift. Landahl möchte gern einmal mit Minna Specht reden.

⁵⁵ Konnte nicht ermittelt werden.

⁵⁶ Konnte nicht ermittelt werden.

Hellmut Kalbitzer aus Hamburg an Willi Eichler, 26.4.1946

NL Eichler,
ISK Korr Gru-Kap
maschinenschriftlich

Lieber Willi!

Gestern, Donnerstag, den 25.4., sagte mir ein Mitglied des Hamburger Parteivorstandes, ehemals SAP, der ISK hätte Ostern eine Reichstagung in Göttingen⁵⁷ abgehalten und beschlossen, eine „Studiengesellschaft für den Sozialismus“ bzw. eine „Gesellschaft zum Studium des Sozialismus“ zu gründen. Ich vermute, diese Nachricht ist schon vor Ostern aus Bremen gekommen. Jedenfalls scheint sie mir wegen dieser ominösen „Gesellschaft“ vor dem Fest entstanden zu sein. Ich mußte den Genossen enttäuschen und die Nachricht auf das richtige Maß zurückführen.

Ich halte es für unangebracht, hierüber beharrlich zu schweigen, werde also bei passender Gelegenheit dem Hamburger Vorsitzenden gesprächsweise ein paar Erläuterungen geben.

In Urabstimmung der Mitglieder sind in Hamburg 13 Delegierte zum Parteitag⁵⁸ gewählt: Karl Meitmann (1. Vorsitzender), Paul Nevermann, Gustav Dahrendorf, Walter Schmedemann (2. Vorsitzender), Paul Bugdahn, Adolf Schönfelder (Bürgermeister), Paula Karpinski, Zelck, Heinz Joachim Heydorn (mit uns befreundet) Willi Elsner (früher SAP), Willi Schmedemann, Adolf Keilhack, Peter Haas, Irma Keilhack, Grete Wöhrmann.

Die ersten acht Delegierten (ich habe die Namen nach der erhaltenen Stimmenzahl notiert) bedeuten das Regiment der alten SPD. Es zeigt sich, daß die alten Namen also durchaus nicht ausradiert sind und weiter, daß die Mitglieder sich ganz überwiegend aus denselben Personen zusammensetzen wie vor'33. Insofern scheint mir das Ergebnis wenig positiv.

Erbitte Mitteilung, an welchem Tage Du in Hamburg Zeit haben wirst, um hier einen Vortrag oder eine Aussprache zu veranstalten. Wir möchten zwischen 6. und 8. Mai eine Zusammenkunft mit Dir und Freunden von uns arrangieren. Über welches Thema wirst Du sprechen? Dieselben Fragen senden wir Dir auch telegrafisch.

Herzlichen Gruß!
Dein Hellmut

Nachschrift

Falls Dir kein besseres Thema in den Sinn kommt, würden wir vorschlagen:
„Unser Verhältnis zu Rußland und England“.

Darunter wäre zu behandeln unsere Meinung zur russischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung (Rußland ist ein Land wie andere Länder auch), dementsprechend unser Abstand zur KPD.

Auf der anderen Seite Englands Entwicklung zur Labourregierung. Die Ungewißheit, ob Labour dauernd an der Macht bleibt. England noch kapitalistisch. Dementsprechend Sympathie der SPD zur Labourregierung, aber kritische Beurteilung ihrer Handlungen. Vor allem: SPD kein Handlanger der britischen Military Government.

Etwas in dieser Art zu hören, täte den Hamburgern gewiß gut.

D. O.

⁵⁷ Vgl. hierzu oben S. 107

⁵⁸ Gemeint ist der 1. Nachkriegsparteitag der SPD, der vom 9.-11.5.1946 in Hannover stattfand. Vgl. hierzu Protokoll Parteitag 1946.

Hellmut Kalbitzer aus Hamburg, o.D.⁵⁹

PA Kalbitzer
maschinenschriftlich

Brief aus Hamburg

Das innenpolitische Kardinalproblem für jeden Deutschen ist heute die Stellung der jeweiligen Militärregierung - im Großen die vier Besatzungsmächte, im Kleinen die örtliche Militärregierung - zur Bevölkerung.

Entweder hatten die Deutschen mit ihrem Verhalten in Warschau, Rotterdam und Belgrad im Kriege recht, - dann dürfte man sich nicht wundern, wenn die englische Militärregierung noch zehnmal schlechter wäre, als sie ist. Das wäre der chauvinistische Standpunkt, dem aber in der Praxis stets die Konsequenz fehlt, weil Chauvinismus keine Weltanschauung, sondern Hetze ist.

Oder die Nazikriegsführer waren Kriegsverbrecher - was nicht damit entschuldigt werden kann, daß auch feindliche Heere Kriegsverbrechen begangen haben -, dann muß man endlich den verhängnisvollen Kreislauf sprengen und darf nicht das besiegte Volk die Sünden seiner Kriegsverführer entgelten lassen.

Die deutsche Bevölkerung möchte zum großen Teil von dieser Alternative am liebsten die erste Hälfte des Entweder und die zweite Hälfte des Oder wählen. Zwölf Jahre Trommelfeuer von Goebbels haben die Fähigkeit zur Selbstkritik an politischen Vorgängen in Deutschland bei den meisten erstickt. Das liegt nicht etwa an einer naturgebundenen Unfähigkeit des deutschen Volkes, sondern an der Intensität und teuflischen Raffinesse der Goebbels'schen Giftschleudern.

Die Stellungnahme der SPD zu dieser Alternative ist selbstverständlich. Aber zweifelsohne setzen wir uns bei unserer Forderung, jetzt schnell mit einem Neubau der deutschen Wirtschaft und des politischen Lebens zu beginnen, leicht dem Verdacht aus, opportunistisch nur unsere Interessen zu vertreten, ohne die Rechte und Interessen der Siegermächte zu bedenken.

Aber ermutigt werden wir in unseren Forderungen, einen neuen, besseren Anfang zu versuchen, durch die Haltung der uns befreundeten politischen Parteien in England, Frankreich und in vielen anderen Ländern.

Wie steht es nun mit den Möglichkeiten, bei uns diesen Neubau zu beginnen?

Die deutsche Arbeiterbewegung ist durch die Nazidiktatur schwer getroffen - aber sie ist nicht tot! Der Widerstand gegen die Nazis hat 1933 begonnen und ist nie erloschen, wie die Zahlen der politischen Verhaftungen durch die Gestapo während dieser zwölf Jahre beweisen.

Diese zwölf Jahre haben große Teile der aktiven Mitgliedschaft vernichtet durch KZ, Alter und Krieg. Es fehlt deshalb für alle Aufgaben an Menschen: vom untersten Funktionär bis zum parlamentarisch geschulten Genossen.

Diese wieder heranzubilden, erfordert neue Menschen, die aber nur durch eine tatbereite Politik unsererseits zur Mitarbeit gewonnen werden können. Unsere Aufgaben sind deshalb in der SPD: tatbereite Tagespolitik, um uns das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen,

⁵⁹ Der Bericht wurde zwischen Frühjahr und 30.6.1946 verfaßt. Darauf deutet einmal die Erwähnung des Wirtschaftsplanes des Alliierten Kontrollrates vom 28.3.1946 hin, zum anderen erwähnt Kalbitzer die Räumung von Wohngebieten, auf die er in seinem Bericht vom 30.6.1946 (hier abgedruckt S. 534) zurückkommt.

und intensive Schulungsarbeit, um die uns dadurch erwachsenden neuen Mitarbeiter in den Stand zu setzen, die vor uns liegenden Aufgaben zu erfüllen.

Tagespolitik in Hamburg

Die Engländer wurden bei der Besetzung Hamburgs Anfang Mai 1945 von allen Kreisen der Bevölkerung mit Begeisterung aufgenommen. Seitdem hat sich die Stimmung dauernd verschlechtert:

1. wegen der entsetzlichen Verschlechterung der Ernährung, denn jeder Mensch wird bösaartig, wenn er zu verhungern beginnt - und ist Argumenten, die diesen Hunger zu begründen suchen, gänzlich unzugänglich.
2. Die Stagnation der Wirtschaft wird immer schlimmer, man steht unter dem Eindruck, als ob überhaupt nichts mehr produziert wird.

Dabei ist es ganz klar, daß dieser Zustand unnötig ist, denn die Produktion könnte längst wieder - im sehr engen Rahmen des Berliner Wirtschaftsplanes der Alliierten vom Frühjahr 1946⁶⁰ - in Gang sein. Ohne auf wirtschaftliche Untersuchungen einzugehen, erhellt das für jeden Laien schon daraus, daß die Angelsachsen viel nach Deutschland eingeführt haben ohne entsprechende deutsche Gegenleistungen. Hätten sie dasselbe Kapital - 80 Millionen und 200 Millionen - vor einem Jahr für die Ankurbelung der Industrie investiert, dann könnte Deutschland heute die benötigten Lebensmittel durch Export von Industrieprodukten bezahlen (heute wird die Ankurbelung teurer, weil im vergangenen Jahr viele letzte Reserven in Deutschland verbraucht sind).

3. Die Militärverwaltung ist heute noch sehr mangelhaft. Z.B.: Die Entnazifizierung ist vor einem Jahr von allen Nichtnazis gefordert worden und wurde von allen Nazis als unvermeidliche und gerechte Folge erwartet.

Die Engländer haben sich zu diesem Schritt trotz täglicher Vorstellungen nicht entschließen können. Erst nach ca. neun Monaten kam diese Aufgabe in Gang, sehr methodisch, d.h. sehr langsam. Politisch klug wäre es gewesen, „große Nazis“ sofort hart zu strafen und den Briefträger und ähnliche unwichtige Berufe, der Nazi war, ungeschoren zu lassen. Denn der „kleine Nazi“ ist ungefährlich. Durch ein rasches und hartes Vorgehen gegen die gefährlichen Nazifunktionäre wären die Jugendlichen gewarnt worden, die jetzt illegale Organisationen zu bilden beginnen.

Man verfuhr umgekehrt: Neun Monate nach der Besetzung bewohnte die Frau des Reichsstatthalters und Gauleiters von Hamburg, Frau Kaufmann, noch einen Gutshof; bekam als Selbstversorger, obwohl weder sie noch ihre Kinder einen Handschlag in der Landwirtschaft taten, die wesentlich höheren Lebensmittelrationen der Bauern; bewohnte mit zwei Töchtern acht Zimmer, während Flüchtlinge und Ausgebombte in Bunkern und Kellern hausen; hatte die Wohnung vollgestopft mit Mangelwaren (Lebensmittel, Teppiche, elektrische Apparate); kamen hohe englische Offiziere jede Woche auf ihr Gut zur Jagd. Als endlich ein englischer Offizier einspricht und mit den deutschen Behörden bei Frau Kaufmann konfiszierte, mußten die Waren wieder zurückgegeben werden, weil sie „ehrlich erworben und deshalb berechtigt“ im Besitz von Frau Kaufmann waren.

14 Monate nach der Besetzung lief der Kommandant des Hamburger KZ Fuhlsbüttel, H.

⁶⁰ Gemeint ist der „Plan des alliierten Kontrollrats für die Reparationen und die Kapazität der deutschen Volkswirtschaft vom 28.3.1946. Für einen Abdruck vgl. Ursachen und Folgen, Bd.23, S. 380ff.

Rode, wieder frei herum, weil er SS-Männer aus ihrem Dienst entlassen hatte, die Häftlinge geschlagen hatten. Das stimmt; im KZ Fuhlsbüttel hatte man andere Methoden; die Gefangenen, die nicht aussagen wollten, wurden monatelang Tag und Nacht gefesselt! Kein Protest von meiner Seite hatte Erfolg! Erst jetzt hat ihn ein deutscher Kriminalbeamter auf eigene Verantwortung verhaftet - Rohde hatte die Frechheit, von der Polizei Pensions zu verlangen wegen seiner langen Dienste.

In diesem Sommer wurde entschieden, daß das britische Hauptquartier nach Hamburg käme. Dafür wurde ein vornehmer Stadtteil reserviert, der jetzt geräumt werden muß. Diese Maßnahme ist für die davon betroffene Bevölkerung natürlich bitter. Durch Verhandlungen mit der Militärregierung erreichten die deutschen Parteien, besonders die SPD, daß die Beschlagnahmen nach einer festen Regelung vorgenommen würden. Danach sollten die Beschlagnahmen nur in dem bestimmten Bezirk, der ausreichend bemessen ist, vorgenommen werden. Möbel sollten nicht beschlagnahmt werden, die betroffenen Einwohner sollten 14 Tage vor der Räumung benachrichtigt werden, und es sollten Räumungen nur angeordnet werden, nachdem Ersatzraum für die Betroffenen fertiggestellt ist (d.h. bombenbeschädigter Wohnraum wiederhergestellt ist). Das letzte Versprechen durchzuführen, erschien von vornherein unmöglich, weil die Militärregierung kaum Bauberechtigungen für deutsche Wohnungsbauten erteilt.

Diese Verabredung zwischen Militärregierung und Hamburger Partei- und Behördenvertretern wurde veröffentlicht. Die Beschwerden der Bevölkerung setzten sofort ein, weil man sich von englischer Seite keinen Tag daran hielt.

In meinem Beisein gab der Kommandeur von Hamburg, Brigadier Armytage, sein soldatisches Ehrenwort, daß die Verabredung eingehalten würde. Seitdem werden außerhalb der verabredeten Zone ständig Wohnraum und in großem Umfange Möbel beschlagnahmt, z.B. bei einem Genossen, der wiederholt im KZ, jahrelang im Zuchthaus war, der trotzdem die illegale Arbeit nie aufgegeben hat, der den Bauarbeiterverband in Hamburg neu gründete und als dessen Vorsitzender Mitglied des Hamburger Parlaments ist! Auf seinen Protest antwortete der beschlagnahmende Sergeant im August 1945: „Ihr Deutschen seid alle schuld!“

Die Engländer ordneten jetzt Wahlen und die dafür umfangreichen notwendigen Vorarbeiten an.⁶¹ Diese wirklich innerdeutsche Angelegenheit wurde in allen Einzelheiten angeordnet, aus denen ersichtlich ist, daß die deutschen Behörden keinerlei eigene Entscheidungen treffen können: Z.B. wurde angeordnet, daß die Wählerlisten, die in je 50 Exemplaren angefertigt werden müssen, gedruckt werden. Trotz deutschen Einspruchs und trotz des Vorschlages, die Listen zu hektographieren, blieb es dabei: Das hatte zur Folge, daß in Hamburg alle anderen Druckarbeiten auf viele Wochen liegen bleiben mußten.

4. Es wird eine schlechte Propaganda betrieben, worauf besonders das letzte Beispiel schon hinwies.

Man kündigt der Bevölkerung Verbesserungen an, die nicht durchgeführt werden. Man versprach zum Winter Feuerung, die nicht kam. Man kündigte jetzt eine Verbesserung der Gaszuteilung an, indem weitere Stadtgebiete, die bisher ohne Gas blieben, wieder belie-

⁶¹ Gemeint sind die Bürgerschaftswahlen in Hamburg am 13.10.1946. Zu den Ergebnissen vgl. die Einleitung zur Situation in Hamburg, S. 492

fert werden sollten - dafür sollten zusätzlich Kohlen zur Verfügung gestellt werden. Ergebnis: Die betreffenden Stadtbezirke wurden zwar angeschlossen, aber die erhöhte Kohlezuteilung blieb aus, - ohne Erklärung - die Gaszuteilung für alle wird herabgesetzt.

Es wurde eine Teezuteilung versprochen, als sie nicht kam, wurde geschrieben, die Berliner hätten den Tee bekommen.

Von Minister Hynd wurden dieser Tage Verlautbarungen veröffentlicht, die wirklich gut waren: Die Deutschen müssen Initiative entwickeln, die Jugend muß eine Chance haben, die deutsche Industrie soll in Gang gesetzt werden, damit wir uns unseren Lebensunterhalt wieder verdienen können, usw.

Solche wirklich grundanständigen Ansichten verpuffen völlig wirkungslos, ja, man wirft ihnen perfide Heuchelei vor - weil man aus der bisherigen Untätigkeit schließt, daß es sich bei diesen Forderungen um nicht ernstzunehmende Phrasen handelt.

Die SPD ist diesen Schwierigkeiten bisher kaum gewachsen, denn es fehlt unserer Partei die einheitliche und klare Haltung. Die Genossen in führenden Verwaltungsstellen sind sich oftmals noch gar nicht klar darüber, daß sie keinerlei Macht haben, sondern nur ausführende Organe sind. Hierdurch erwecken sie bei sich und anderen den Eindruck, als wenn sie Verantwortung hätten.

Die Folge zeigt sich in diesen Tagen, wo der Vorsitzende der CDU der britischen Zone, Dr. Adenauer, früher Oberbürgermeister von Köln, öffentlich und wiederholt behauptet, die SPD sei die Regierungspartei und für die Mißstände in der britischen Zone verantwortlich.

Von hier ist nur noch ein Schritt zur Anklage, die SPD sei die Partei der Quislinge und besorge also die Geschäfte der feindlichen Besatzungsmacht.

Die Dolchstoßlegende von 1918 ersteht in neuem Gewande. Damals riefen die Militaristen: Die Roten sind schuld an der deutschen Niederlage, weil sie der Armee im November 1918 in den Rücken gefallen sind.

Heute besteht die Gefahr, daß die Folgen der Nazi-Katastrophenpolitik uns angehängt werden.

Hiergegen hilft von unserer Seite nur eine tatbereite Haltung in den deutschen Tagesfragen. Da wir nicht die Macht besitzen, von uns aus die Dinge zu ändern, müssen wir schonungslos die Mängel der deutschen und englischen Verwaltungen aufdecken, klar die jeweils Verantwortlichen nennen - und in der großen wie in der lokalen Politik positive Vorschläge machen, die den berechtigten Interessen der Bevölkerung dienen und einleuchtend sind. Nur so können wir das notwendige Vertrauen der Bevölkerung gewinnen und außer unseren Mitarbeitern weitere Kreise der werktätigen Bevölkerung für den politischen Kampf aktivieren.

Hellmut Kalbitzer aus Hamburg an Willi Eichler, 31.5.1946

NL Eichler,
ISK Korr Gru-Kap
maschinenschriftlich

Betriebsrätewahlen

Anbei eine Abschrift aus der „Hamburger Volkszeitung“.⁶² Das „Hamburger Echo“ hat überhaupt keinen Bericht darüber gebracht, so daß man annehmen kann, die Zahlen stimmen. Die Erfolge der KPD können darauf beruhen, daß die Arbeiter mit der Haltung der freien Gewerkschaften nicht einverstanden sind, die SPD aber mit den Gewerkschaften zusammengeht.

Nahrungsmittelsorgen

Die Kartoffelknappheit ist wohl augenblicklich die brennendste Frage in der Bevölkerung. Täglich sieht man unzählige Menschen in alle Richtungen, zumeist Hannover, fahren, um sich Kartoffeln zu beschaffen. Sie bekommen sogar welche, zum Teil zu ganz normalen Preisen und ohne Tauschobjekte, und erfahren, daß die Kartoffeln bei den Bauern am Verfaulen sind. Diese Tatsachen veranlaßten den Genossen Wagner, einen Artikel „Die Tragödie der Kartoffel“ am 11. Mai im Hamburger Echo zu veröffentlichen. Dieser Artikel zog eine Auseinandersetzung mit dem Pressehauptquartier und der Kartoffelverteilungsstelle nach sich, über die ich Dir eine Abschrift zur Information mitsende.⁶³ Am 29. Mai wurde dann die vom Pressechef des Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft gewünschte Zusendung im Echo gebracht.

Im übrigen steht fest, daß die Stadtbevölkerung alles irgendwie entbehrliche, zumeist wohl sogar unentbehrliche an Textilwaren und Gebrauchsgegenständen mit aufs Land nimmt, um dafür Lebensmittel einzutauschen. Es kommt vor, daß Bauern mit der Begründung, sie könnten nun schon selbst damit handeln, manches ablehnen. Bei einer Sammlung für Flüchtlinge und Bedürftige sollte man demnächst vor allem die Bauernhöfe überholen.

Entnazisierung

Der Leiter des Regional Food Office, Kurt Müller, in der Nazizeit Leiter des Viehwirtschaftsverbandes, ist jetzt vom Zentraldenazisierungsausschuß des Hamburger Parlaments trotz der anfänglichen Opposition einiger Bürgerlicher denazisiert worden.

Die Denazisierung durch den Ausschuß des Parlaments ist im Anlaufen. Dies ist eines der ersten Ergebnisse.

⁶² Konnte nicht ermittelt werden.

⁶³ Konnte nicht ermittelt werden.

Hellmut Kalbitzer aus Hamburg an Willi Eichler, 28.6.1946

NL Eichler,
ISK Korr Gru-Kap
maschinenschriftlich

Lieber Willi!

Ich war gestern zusammen mit dem Genossen Petrikowski (Hamburg) in Hannover und habe mich dort mit Fritz Heine im Parteibüro unterhalten.

Aus dieser Unterhaltung möchte ich Dir vertraulich Heines Ansichten mitteilen, soweit sie für Dich von Interesse sein könnten.

Heine hält die gesamte deutsche sozialdemokratische Presse nicht für gut, als die relativ beste sieht er jedoch das „Hamburger Echo“ an, wovon ich leicht erschüttert war. Er fuhr dann etwa fort: Willis [Eichler] Zeitung⁶⁴ ist außenpolitisch natürlich besser, weil er eine bessere Übersicht hat, aber im übrigen hat die „Rheinische“ dieselben Mängel wie die anderen SPD-Zeitungen.

Ich ging auf diesen leicht vertraulichen Ton nicht ein, um nicht den Eindruck zu erwecken, als sei ich als Dein „junger Mann“ auf Erkundung geschickt. Diese Leute sind natürlich geneigt, uns immer über einen Kamm zu scheren, und dazu möchte ich möglichst wenig Anlaß bieten. Deshalb ließ ich mich in einen Disput über die „Rheinische“ nicht ein, zumal ich das Thema gar nicht erwähnt hatte.

Seine allgemeine Kritik an allen SPD-Zeitungen schien mir dagegen fundierter zu sein:

Die SPD-Zeitungen geben im allgemeinen kein Spiegelbild dessen, was das Volk angeht und interessiert und was sich für die Deutschen Wichtiges ereignet!

Diese mangelnde Lebensnähe trifft auf das Echo in sehr großem Maße zu, vielmehr als z.B. auf die „Rheinische“ - dieses ist jedenfalls meine Meinung.

Außerdem sprach Heine von dem großen Mangel an Redakteuren und hielt die Heranziehung von „Arbeiterkorrespondenten“ für sehr nötig, deren Berichte man, wenn nicht immer für die Zeitung, so doch für „Mitteilungsblätter“ und als Informations- und Propagandamaterial gebrauchen könne. Sängler (Braunschweig) organisiert einen sozialdemokratischen Presdienst mit eigenen Artikeln (von Korrespondenten aus dem Ausland) aus England, Skandinavien und demnächst USA. Als besonders gut lobte er die überparteiliche Zeitung „Die Welt“.

Herzlichen Gruß!
Hellmut

P.S.

Für Susie [Miller]

Betr. mein Schreiben vom 2.6. an Susie.⁶⁵

Mr. S. Moos aus Oxford hat uns seine Adresse leider nicht mitgeteilt, sonst hätten wir selber direkt geantwortet. Es scheint mir so, als hättet Ihr das damalige Hamburger Wohnungsbaumemorandum an diesen Mr. Moos weitergeleitet, der darauf eine dem Inhalt nach nicht passende Antwort verfaßte. Wenn nicht mehr herauszubekommen ist, wer Mr. Moos ist, muß der Brief unabgesandt bleiben.

⁶⁴ Gemeint ist die „Rheinische Zeitung“.

⁶⁵ Konnte nicht ermittelt werden.

Hellmut Kalbitzer aus Hamburg an Willi Eichler, 30.6.1946

NL Eichler,
ISK Korr Gru-Kap
maschinenschriftlich

Vorstand der KPD

Der neue Vorsitzende der KPD, Bezirk Wasserkante, ist Gundelach. Er ist ca. 50 Jahre alt, solider und wahrscheinlich intelligenter als Dettmann, der zu plump ist. Bis 1933 war Gundelach bei der Roten Hilfe⁶⁶ tätig, emigrierte dann, nahm am Brüsseler Parteitag in Moskau teil⁶⁷ und wurde dann im Apparat in Skandinavien eingesetzt. Im Jahre 1940 kam er wieder nach Moskau und hat dort eine gründliche Schulung genossen, so daß man annehmen kann, er ist vollkommen linientreu. Nach den Erfahrungen mit der KP kann man damit rechnen, daß Dettmann im Laufe des kommenden Jahres mattgesetzt wird.

Widerstandsbewegung

Ein Genosse von uns teilt uns vertraulich mit, daß sich in Sasel, seinem Wohnort, eine Widerstandsgruppe bemerkbar macht, die auch in Wandsbek, sogar bis nach Harburg ihre Teilnehmer hat. In der ersten Aufregung wurde eine Anzeige bei der Kriminalpolizei in Sasel gemacht, die aber nur zur Folge hatte, daß der Tagungsort der Nazi gewechselt wurde. Ob gewarnt oder zufällig, ist nicht bekannt. Man vermutet, daß Martin Bormann dahintersteckt, der sich in der Nähe in Holstein versteckt halten soll. Sie kommen in Tanzsälen bei Veranstaltungen zusammen und sollen sich bereits Waffen beschafft haben. Es sind hauptsächlich junge Menschen, die dafür mißbraucht werden. Unser Genosse erzählt, daß er zwei Gewährsmänner hat, die versuchen mitzumachen, um herauszubekommen, gegen wen sich der Widerstand richten soll: gegen KP, SP, Engländer oder alle zusammen. Sollten die Erzählungen sich bestätigen und mehr Gestalt annehmen, mache ich Dir wieder Mitteilung.

Sonnenwendfeier

Der Volkskulturverband⁶⁸ veranstaltete am Sonnabend, dem 22. Juni, eine Sonnenwendfeier in „Planten und Bloomen“, zu der ganz Hamburg eingeladen war. Man kann sagen „leider“; denn das war der Anfang des Mißerfolges. Das Wetter war schön, und unentwegt strömten die Massen (schätzungsweise 120.000) auf das Festgelände. Die Darbietungen wurden teilweise von den vielen Menschen erdrückt und kamen nicht zur Ausführung. Über den Volkstanz der Arbeiterjugend wurden viele abfällige Bemerkungen gemacht. Aus den Unterhaltungen hörte man die völlige Unkenntnis über die Zusammenhänge heraus. Gegen Abend sah man des öfteren Zusammenballungen junger Menschen, die offensichtlich Handel suchten, später kam es auch zu vereinzelt Schlägereien. Ganz schlimm wurde es, als Professor Erik Nölting die Feuerrede hielt. Die Rede war nicht für eine derartige Massenversammlung ausgearbeitet. An den Anfang stellte er das Zitat von Goebbels: „Deutschland ist schöner geworden, Deutschland lacht wieder.“ Seine Ausführungen dazu gingen unter in Johlen und

⁶⁶ Vgl. hierzu oben S. 239

⁶⁷ Gemeint ist die erste zentrale KPD-Konferenz nach der NS-Machtergreifung. Sie fand vom 3.-15.10.1935 in Moskau statt. Aus konspirativen Gründen wurde Brüssel als Tagungsort angegeben. Vgl. Artikel Brüsseler Parteikonferenz der KPD 1935; in: Wörterbuch der Geschichte.

⁶⁸ Der Hamburger Volkskulturverband wurde Anfang 1946 gegründet. Vgl. hierzu Walter Tormin, Die Hamburger SPD von 1945 bis heute; in: 125 Jahre, S. 39-65.

Pfeifen, so daß nichts zu verstehen war. Auch das Folgende war durch das Versagen des Lautsprechers fast unverständlich. Augenzeugen berichten, daß aus allen Richtungen Johlen und Pfeifen kam, so daß man annehmen muß, die Störungen waren organisiert. Zum großen Teil waren es 14-15jährige Jungen, die ringsum in den Bäumen saßen, es sollen aber auch Polizisten gepfiffen haben. Nach dem Schlußlied: „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ hörte jemand die Bemerkung: Hier sind nun 60.000 Menschen, davon sind vielleicht nur 4000 davon überzeugt, daß die Sklaverei jetzt ein Ende habe, die anderen sind der Meinung, es war unter den Nazis besser. Und das war meines Erachtens wirklich die Auffassung der meisten. Von anderer Seite hörte ich auch die Meinung: Das unflätige Verhalten der Jugend sei zur Hauptsache auf die Nichterfüllung ihrer Erwartungen zurückzuführen. Eine halbe Stunde lang Feuerwerk hatte alle befriedigt.

Als Lehre dient uns dieser Mißerfolg insofern, daß er uns zeigt, daß wir derartigen Massenveranstaltungen noch nicht gewachsen sind. Wichtig ist auch, daß so etwas technisch und organisatorisch klappt. Die SP hat mit dieser Veranstaltung keine Lorbeeren geerntet, wie man überall hört, kommt das Versagen auf ihr Konto.

Demonstration auf dem Rathausmarkt

Über die Räumung des Wohngebietes habe ich Dir schon berichtet.⁶⁹ Aus diesem Anlaß wurde am 27. Juni eine Demonstration nach dem Rathausmarkt von den Betroffenen durchgeführt. Es wurde stürmisch nach dem Bürgermeister verlangt und Rufe wie: „Wir wollen unsere Wohnungen behalten, wir hungern, wir sind doch keine Inder und Kulis, der Bürgermeister soll verschwinden“, hallten über den Platz. Zum Schluß wurde das Deutschlandlied gesungen. Dies zeigt uns deutlich, wer die Veranstalter waren, und die Stimmung der Bevölkerung ist derart erregt, daß sie sich für alles ausnutzen läßt und weniger denn je der Vernunft zugänglich ist.

28. Juni. Heute abend gab Bürgermeister Petersen im Rundfunk bekannt, daß sich die Militärregierung an ihn gewandt habe und schärfsten Protest einlege gegen Vorkommnisse, wie sie sich auf der Sonnenwendfeier und bei der Demonstration gezeigt haben. Sie kann nicht dulden, daß sich gewisse Kreise in Hamburg so unverantwortlich benehmen.

Dieser Protest zeigt uns auch, daß wohl tatsächlich einige Nazi- und Hitlerjugendgruppen ihre Fühler ausstrecken, um zu sehen, was sie sich schon wieder erlauben können.

8. Juli

Die letzten Betriebsrätewahlen haben wieder einen Erfolg für die KP gebracht.

Es ist bekannt, daß die KP in den Betrieben sehr rührig ist. Sie bildet Betriebsfraktionen, die dafür sorgen, daß immer genug Zeitungen und Material zur Werbung zur Verfügung stehen, während von der SP kaum etwas zu merken ist. So hat z.B. die Deutsche Werft nach wiederholten Kürzungen nur zwei Echos zur Werbung. Der Hauptgrund liegt darin, daß im Parteivorstand niemand angestellt ist, der sich voll für die Betriebsarbeit einsetzen kann. Nachdem schon lange darauf hingewiesen worden ist, hat man endlich eingesehen, wie notwendig diese Arbeit ist, und es soll ein Genosse dafür eingestellt werden. Eine Gefahr liegt aber außerdem noch darin, daß fähige SP-Genossen, die als Funktionäre in Frage kämen, aus den Betrieben herausgezogen werden, um in der Verwaltung tätig zu sein, wie uns Genossen von der Howaldt- und Deutschen Werft berichten.

Im Gesamtverband ist die Lage für die SP günstiger. Dort ist schon von Anfang an ordentliche Arbeit geleistet worden.

⁶⁹ Gemeint ist der Bericht Kalbitzers vom Frühjahr/Sommer 1946, hier abgedruckt S. 528

Emmi Kalbitzer aus Hamburg, 4.8.1946

NL Eichler,
ISK Korr Gru-Kap
maschinenschriftlich

Der Landesverband Hamburg der SPD hielt am 14.7. seinen Landesparteitag ab, um über die Vorschläge und Kandidaturen für die Bürgerschaftswahlen am 13.10.46 zu beraten und zu beschließen.⁷⁰

Von seiten der Delegierten bestand von vornherein dem Parteivorstand gegenüber ein Mißtrauen, da man der Meinung war, es sollten anstelle der von den Mitgliedern gemachten Vorschläge unerwünschte Kandidaten eingeschoben werden.

SPLIEDT, der von einigen Kreisen als Kandidat abgelehnt worden war, war vom PV an die dritte Stelle der Stadtliste gesetzt worden. Als im PV hierüber beraten wurde, hatte nur Kalbitzer dagegen protestiert, SPLIEDT überhaupt aufzustellen.

Nun wurde auf dem Parteitag von dem Genossen HEYDORN, (auch Kandidat für die Bürgerschaft, und zwar der jüngste), der Antrag gestellt, den Kandidaten Kempa, 28 Jahre alt, der auf der Stadtliste an siebter (wahrscheinlich aussichtsloser) Stelle stand, an die Stelle von SPLIEDT (also an die dritte) zu verschieben, um damit den jüngeren Vertretern der SP mehr Chancen zu geben. HEYDORN sagte außerdem, daß SPLIEDT seines Wissens nach eine eigene Partei zu gründen vorgehabt habe, was ihn seiner Meinung nach nicht dazu geeignet erscheinen lasse, für die SP zu kandidieren.

Daraufhin nahm SCHÖNFELDER (2. Bürgermeister, auch über 70 Jahre) das Wort und setzte sich mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit für SPLIEDT ein. Er behauptete, die Absicht SPLIEDTS, eine Partei nach dem Muster der Labour Party zu gründen, liege so weit zurück, daß man damals an die Gründung einer SP noch gar nicht gedacht habe. Außerdem sei SPLIEDT Vertreter von 150.000 Gewerkschaftern und habe ihr Vertrauen (Zwischenruf: Wie lange?), und da die Gewerkschaften eine der drei Säulen der Arbeiterbewegung seien, müsse man doch darauf achten, daß die Beziehungen gut seien.

KALBITZER gab eine kurze Erklärung ab, wonach SPLIEDT die Absicht, eine Arbeitspartei zu gründen, gerade in dem Moment verfolgt habe, als die SP Schwierigkeiten bei den Engländern hatte wegen ihrer Zulassung. Außerdem sei er kein von 150.000 Gewerkschaftern gewählter Repräsentant, sondern ein ernannter. Und selbst wenn er ein guter Gewerkschafter sei, wäre er damit doch noch kein guter Sozialdemokrat.

Es wurde dann über den Antrag HEYDORN abgestimmt. Er wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen, und SPLIEDT zog daraufhin seine Kandidatur zurück.

Für den 31.7. wurde dann eine gemeinsame Vorstandssitzung der SP mit den Gewerkschaften angesetzt, bei welcher die Gewerkschaften dann aber dieses Thema der Kandidatur kaum noch berührten, sondern versprachen, mit der SP gut zusammenzuarbeiten.

Emmi Kalbitzer

⁷⁰ Vgl. hierzu. Christier, Sozialdemokratie, S. 186-189.

Hanna Ziegler aus Hamburg an Willi Eichler, 18.10.1946

NL Eichler,
ISK Korr Sr-Z
maschinenschriftlich

Lieber Willi!

Anbei erhältst Du drei Artikel von Hellmut Kalbitzer im Hamburger Echo, die schon im September geschrieben wurden.⁷¹ Der Artikel über „Kohle“ hat sehr viel Ablehnung bei den Genossen gefunden, zumeist deswegen, weil sie nicht nachdachten und nicht überlegten, daß im Verhältnis nur auf einen kleinen Teil der Lebensmittel verzichtet werden müßte, um den Bergarbeitern bessere Lebensbedingungen zu ermöglichen. Die Entwicklung hat uns aber recht gegeben; denn schon bald darauf wurde von seiten der Militärregierung darauf hingewiesen, daß der Bergarbeiter bedeutend besser gestellt sein müsse als die übrige Bevölkerung.

Die vielen Wahlversammlungen waren durchweg sehr schlecht besucht, nicht nur bei der SPD, sondern auch die der anderen Parteien.⁷² Die CDU versuchte es sogar teils mit der Ausgabe von Freibier, hatte aber auch damit keinen Erfolg. Diese Müdigkeit vorher ließ auf eine schlechte Wahlbeteiligung schließen. Das war aber dann doch nicht der Fall, außerdem haben die Wähler sogar ausgesprochen nach Parteien gewählt, wie man jedenfalls in den Wahlbezirken Hamburgs feststellen kann. Sehr schade ist, daß gerade drei unserer engeren Freunde zu den geringen Nichtgewählten gehören: Erna Meyer, Käthe Plume und Hellmut Kalbitzer. In Ernas Distrikt, Harvestehude-Rotherbaum, liegt es ganz klar, daß er ein CDU-Distrikt ist, sich dort also noch recht viele Nazis befinden. Die Stimmenzahl für die Kandidaten der CDU liegen bei 13.000, während die SPD ca. 10.500 Stimmen je Kandidat bekam. Bei Käthe, Eppendorf, und Hellmut, Blankenese, handelt es sich nur um wenige Stimmen.

Ich hörte, daß in Studentenkreisen großer Unwille über die Zulassung zum Studium herrscht und die Studenten Landahl dafür verantwortlich machen. Bei der ersten Auswahl sind viele Nazi zugelassen worden, die höhere Positionen innehatten, z.B. eine Führerin des Studentenbundes. Andere dagegen, die nur kleine Rollen spielten, warten immer noch auf die Zulassung. Es sollte eine Auslese stattfinden und nach Leistungen gewertet werden. Dadurch wären Plätze frei geworden. Das ist aber bis jetzt nicht geschehen, wer einmal dabei ist, kann bleiben. In Kiel ist es anders. Dort ist die Jugendamnestie zur Anwendung gekommen, und die Leistung entscheidet, nicht die politische Vergangenheit. Viele versuchen, dort unterzukommen.

Ein Genosse ist aus russischer Kriegsgefangenschaft gekommen. Er war zunächst in einem großen Lager bei Moskau, hat sich dann aber bald zu einem Antifalehrgang gemeldet. Dort war es sehr ordentlich, sie haben gutes Essen und Kleidung gehabt. Er gehörte zur Gruppe II und wäre normalerweise noch nicht entlassen worden. Zur Entlassung kommt nur die Gruppe IV, die nicht mehr arbeitsfähig ist, während die Gruppe V durchweg den Transport nicht mehr übersteht. Er erzählt, daß die Gefangenen versuchen, durch Hungern bis zur Gruppe IV hinabzusinken, um dann nach Haus zu kommen. Er selber hat unter den Nazis zwei Jahre Gefängnis gehabt und wurde deshalb zu dem Lehrgang zugelassen. Leider habe ich ihn selbst noch nicht gesprochen, um direkte Angabe geben zu können, ob diese Menschen mit einem Auftrag entlassen werden.

⁷¹ Gemeint sind folgende Artikel Kalbitzers im Hamburger Echo: „Kohlen, die Lebensfrage für den Winter“ (4.9.1946); „Nihilismus oder Aufbau“ (21.9.1946) sowie „Wallace und Churchill“ (25.9.1946).

⁷² Gemeint sind die Bürgerschaftswahlen in Hamburg am 13.10.1946. Zu den Ergebnissen vgl. die Einleitung zur Situation in Hamburg, S. 492

Der Engländer, Tom Eger, sprach hier kürzlich in einem kleinen Kreis von früheren SAP-Leuten, zu dem auch einige von unseren Freunden eingeladen waren: Josef Wagner, Klaus Meyer und Petrikowski. Tom Eger ist von seinem Posten abberufen worden und stellte fest, daß John Hynd nur daran interessiert sei, daß Leute vom rechten Flügel der Labour-Party nach Deutschland kämen. Wenn Hynd nur Rückgrat hätte, würde er sich in Berlin viel mehr durchsetzen, und die Bevölkerung wäre z.B. schon längst mit Hausbrand versorgt worden. In England stünde eine Spaltung unmittelbar bevor. Der linke Flügel der Labour Party habe durch die „rechtsgerichtete“ Politik der Regierung einen starken Zustrom von den Bergarbeitern, den demobilisierten Soldaten, -1-.⁷³

In Deutschland müßten Berichte, die die Mängel den englischen Besatzungsbehörden aufzeigen, verfaßt und Tom Eger zugeleitet werden, damit John Hynd seines Postens enthoben würde. John Hynd und -2- gehören zu dem ganz rechten Flügel.

Diese Ausführungen Tom Egers wurden von Petrikowski und Klaus Meyer als sehr fragwürdig, zumindest als von großem Ehrgeiz diktiert empfunden. Sie hatten den Eindruck, daß er selber die Stelle John Hynds einnehmen möchte.

Bis auf weiteres recht herzliche Grüße

Deine
Hanna Ziegler

Hellmut Kalbitzer aus Hamburg an Willi Eichler, 9.2.1947

NL Eichler,
ISK Korr Gru-Kap
maschinenschriftlich

Lieber Willi,

ich möchte Dir einiges berichten, was für Dich wahrscheinlich von Interesse ist.

Mein Kreis (Altona, 20-25% der Mitgliedschaft umfassend) wird mich auf dem Parteitag im April zum 2. Vorsitzenden vorschlagen, und zwar zum Unterschied zum bisherigen 2. Vorsitzenden, Schmedemann, soll ich diesen Posten hauptamtlich ausfüllen. Der Grund hierfür ist der, daß die Meinung besteht, daß es so, allein mit Meitmann, nicht weiter geht. Einen anderen 1. Vorsitzenden gibt es aber im Moment hier in Hamburg nicht. Nevermann, der Mitglied des geschäftsführenden (engeren) Vorstandes ist, wird sich für mich einsetzen. Nevermann ist der populärste Mann hier in der Partei und der einzige, der anstelle Meitmanns sofort gewählt werden würde. Er ist aber erst vor kurzem Bausenator geworden und will diesen Posten nicht gleich wieder aufgeben. Ich habe, gefragt, ob ich den Posten annehmen würde, zugesagt. Ich würde darauf hinarbeiten, daß durch Zusammenarbeit ein besseres Vertrauensverhältnis zwischen Funktionären und Vorstand zustande kommt und daß die wichtige Aufgabe der Bildung und Schulung in Angriff genommen wird.

Bei dieser Unterhaltung mit Nevermann war auch Kriedemann zugegen, der erzählte, Henßler habe vor, in ein bis zwei Jahren Jupp Kappius zu seinem Nachfolger zu machen.

⁷³ handschriftlicher Zusatz: Lieber Willi, die beiden fehlenden Angaben 1 und 2 erhältst Du schnellstens in einem privaten Brief von Klaus [Meyer], er hatte heute morgen keine Zeit mehr, diesen Bericht zu lesen. Herzlichen Gruß, Erna [Meyer]. Der angekündigte Brief konnte nicht ermittelt werden.

Mit dem „Echo“ hab ich es jetzt soweit, daß es sich in den nächsten beiden Wochen entscheiden wird, ob Wehner Chef wird. Auf jeden Fall wird Richter nicht mehr Chef bleiben, nachdem in einer Funktionärskonferenz von der ganzen Versammlung auf das heftigste gegen die Presse protestiert wurde. Der Stand ist jetzt so, daß die Pressekommission einen Ausschuß eingesetzt hat (Bugdahn, Meitmann und mich), der einen neuen Chefredakteur suchen soll. Ein anderer als Wehner, den ich vorschlagen werde, ist nicht da. Schönfelder setzt sich als einziger nachdrücklich für Richter ein.

Herzliche Grüße
Dein Hellmut

